Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 89 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld.

Halle, Montag, den 18. April 1921

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 2.50 Mk. Das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im Kreisgebiete; ein Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr | 5. Jahrgang.

Oesterreichs Selbstbestimmungsrecht.

Am 24. April sollte in Tirol eine Abstimmung über den Anschluß an Deutschland stattfinden. Auf Grund des Ergebnisses derselben, sollten dann dementsprechende Anträge an den Völkerbund gestellt werden. Daraufhin wurde am 14. April aus Wien gemeldet: Der französische Gesandte Lefevre-Pontalis gab heute bei Bundeskanzler Dr. Mayr im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Oesterreich einstellen, und die Reparationskommission würde in ihrer Befugnis vollständig wiederhergestellt werden. Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung des französischen Vertreters mit dem Bemerken an, daß ein Zurücktreten Frankreichs von der Hilfsaktion für Oesterreich das Ende dieser Aktion und das Fallenlassen aller hierauf bezüglichen Projekte bedeute.

Das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker war einer jener Grundsätze, unter dem die Entente den Krieg gegen Mitteleuropa führen sollte und die jenes moralische Ansehen in den Augen des neutralen Auslandes gab, daß so sehr dazu beitrug, die geistige Blockade gegen Deutschland vollständig zu machen. Im Namen dieses Selbstbestimmungsrechtes hatte die Entente Oesterreich Ungarn organisiert. Im Namen dieses Selbstbestimmungsrechtes wurde im Osten Deutschlands die Provinz Posen losgerissen. Ost- und Westpreußen zerstückelt, das Saargebiet für 15 Jahre isoliert und die Volksabstimmung in Oberschlesien in das Versailler Diktat aufgenommen. Das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker ist einer der Hauptpunkte unter denen die Entente den Völkerbund gründete.

Man sollte annehmen, daß damit dieser Grundsatz als Wesensbestandteil in das Völkerrecht aufgenommen ist und daß er angenommen werden muß, wo immer sich der klare Wille dazu zeigt. Nirgends tritt dieser Wille stärker zutage als in Deutsch-Oesterreich, das sprachlich, historisch und wirtschaftlich, nach dem einmal mit der Wahnidee eines deutsch-slavisch-magiarischen Staatenbundes aufgeräumt wurde, rein deutsches Gebiet ist. Die Oesterreicher sehen, daß sie als selbständiger Staat nicht leben können, sie sehen, daß sie von ihrem slavischen Nachbarn nicht die Unterstützung erwarten dürfen, die für sie lebensnotwendig ist. Sie sind es leid, sich weiter am Narrenseil ententistischer Versprechungen herumführen und inzwischen bis aufs Hemd ausziehen zu lassen. Das alles gibt ihnen die Ueberzeugung, daß es nur eine Rettung für sie gibt, dahin zurückzukehren, wohin sie gehören, zu Deutschland. Der österreichischen Regierung sind durch den Vertrag von Germain die Hände gebunden, sie warnt vor einer Volksabstimmung, lehnt jede Verantwortung ab. Sie tut damit ihre Pflicht, eine schmerzliche Pflicht, die ihr gebietet, anders zu handeln als es der Wille des Volkes ist, so zu handeln, weil die Entente es befiehlt. Das österreichische Volk jedoch, voran Tirol will die Abstimmung dennoch wagen.

Wenn der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker nicht zur Farce herabgewürdigt werden soll, mußte die Entente, nachdem sich der Entschluß als stärker gezeigt hat, als Drohungen und Regierungswarnungen, ihm Rechnung tragen. Zum mindesten hätte sie das Abstimmungsergebnis abwarten müssen, ehe sie weitere Schritte unternahm. Hätte sich der Anschlußwille nachträglich als nicht so stark herausgestellt, als es heute den Anschein hat, so hätte man immer noch Maßnahmen ergreifen können. Aber in diesem Augenblick mit geschwungener Hungerpeitsche einzugreifen, das ist etwas, was sich völkerrechtlich nicht mehr rechtfertigen läßt. Oesterreich wird dadurch nicht nur zum Ausdruck gebracht, daß es über keine staatliche Selbständigkeit mehr verfügt, sondern ein ganzes Volk als solches wird dadurch entrechtet. Wir sind weit entfernt, diese Angelegenheit vom Standpunkt der Gefühlspolitik aus zu betrachten. Aber gerade dem nüchternen Blick zeigt sich das wahnwitzige und unpolitische dieser Handlungsweise. Die Anschlußbewegung wird durch derartige Pressalien nicht unterdrückt, sondern gestärkt und das letzte Ende der Komödie ist ein neues Anschwellen des Chauvinismus und des Revanchegedankens, der Europa solange vergiftet hat und der eine viel größere Gefahr ist als es ein natürlicher Anschluß wäre. Auch hier arbeitet die Entente dem deutschen Imperialismus und dem deutschen Militarismus, den sie doch gerade fürchtet und zintanhalten will, in die Hand, wie die Gewaltpolitik eines Foch, Millerand und Clemenceau überhaupt die größte Gefahr für die Entente selbst ist. Das mußte einmal gesagt werden.

Tirol stimmt ab.

Innsbruck, 16. April. (WTB.) Der Konferenz der Klubobmänner der Landesparteien wurde vom Landeshauptmann der Einspruch der Ententevertreter gegen die vom Tiroler Landtag beschlossene Volksabstimmung zur Kenntnis gebracht. Nach einer eingehenden Beratung gelangte die Konferenz zu dem Beschluß, daß eine Einberufung des Landtages aus diesem Anlaß nicht notwendig sei, da mit Sicherheit zu erwarten sei, daß der Landtag in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem gefaßten Beschlusse, die Volksabstimmung am 24. April durchzuführen, beharren werde. In der unmittelbar darauf folgenden Sitzung der Landesregierung wurde infolge dieser Stellungnahme der Obmännerkonferenz der Beschluß gefaßt, von einer Einberufung des Landtages zum Zwecke einer neuerlichen Stellungnahme in der Abstimmungsfrage abzusehen.

Die schwerste Niederlage der Arbeiterbewegung.

London, 16. April. (WTB.) Reuter teilt mit: Die Worte „Daily Heralds" von heute „Gestern hat die Arbeiterbewegung die schwerste Niederlage seit Menschengedenken erlitten" sind eine Zusammenfassung des Ergebnisses der in letzter Stunde eingetretenen dramatischen Weigerung der Eisenbahner und Transportarbeiter, den Bergarbeitern durch Zustimmung zum Generalstreik beizustehen. Die Ereignisse des Donnerstag und Freitag, die gelegentlichen Besprechungen gewisser Mitglieder des Unterhauses mit Grubenbesitzern und Arbeitern, die Erklärung des Führers der Bergarbeiter Hodges, daß sie willig seien, eine vorläufige Regelung der Lohnfrage zu erwägen, die mitternächtige Besprechung des Premierministers und seine Aufforderung zu einer neuen Konferenz, das Nichterscheinen der Bergarbeiter, das unter diesen Umständen schließlich eintretende Sichlosreißen der verbündeten Verbände, dies alles stellt noch lange nicht den vollen Inhalt der Lage dar. „Daily Herald" gibt selbst zu, daß die Grundursache der Niederlage der Mangel an Solidarität in der ganzen Bewegung, in bezug auf Organisation, gegenseitiges Verständnis und Unterstützung war. Fraglos waren die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter mit Recht ungewiß in bezug auf die Antwort, die die Aufforderungen zum Streik in der breiten Masse finden würden. Berichte aus allen Teilen des Landes zeigten die zunehmende Abneigung, sich auf einen unheilvollen Kampf für Ziele einzulassen, die als politische, nicht als streng wirtschaftliche angesehen wurden.

Die umfassenden Vorbereitungen der Regierung, den Verkehr und die Versorgung mit Nahrungsmitteln mit Hilfe von Freiwilligen aufrecht zu erhalten, wurden in weitem Maße von den Arbeitern unterstützt, von denen viele aufrichtig dazu neigten, ihre Sympathien während des Streikes von den Verbänden auf den Staat zu übertragen. Es bestand daher, wo es auch sei, eine Unlust für alles, was einer Revolution ähnlich sah. Mit Ausnahme von ein oder zwei Distrikten in Schottland herrschte vollständige Ordnung und allgemeine Mutlosigkeit. Bei dem Vorherrschen einer solchen Geistesverfassung konnte der Streik in jedem Falle nicht anders als mit halbem Mute geführt werden, er mußte erfolglos verlaufen und in innere Spaltungen zwischen den Eisenbahnern und den anderen Verbänden ausmünden. Wie es sich herausgestellt hat, bewahrten diese Verbände das Gefühl individueller Solidarität, aber der Dreibund war für den Augenblick ohne Hoffnung auf Wiederherstellung erschüttert. Als allgemeines Ergebnis hat es sich wie bei früheren Gelegenheiten gezeigt, daß das kommunistische Element, obwohl es außerordentlich viel von sich reden machte, eine außerordentlich geringe Minderheit der englischen Arbeiterschaft darstellt, deren überwiegende Mehrheit gesetzliebende Bürger sind, deren Stimmen bei den Beratungen ihrer Verbände zwar nicht hervortreten, deren Gewicht aber sich unwiderstehlich bei einer solchen Krise fühlbar macht, wie der, die eben jetzt vorübergegangen ist.

Amerika läßt sich vertreten.

Paris, 18. April. Nach einer Havasmeldung aus London kündigt eine Washingtoner offiziöse Depesche an, daß die Vereinigten Staaten entschieden hätten, sich auf den Konferenzen über die Reparationsfrage sowie auf allen anderen, die sich auf Fragen beziehen, die durch den Krieg veranlaßt wurden, vertreten zu lassen.

Der Bescheid an Stegerwald.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich am Sonnabend vormittag abermals mit der preußischen Regierungsfrage beschäftigt und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt es ab, zuzustimmen, daß die Genossen Braun, Severing oder andere Genossen der Aufforderung Stegerwalds Folge leisten, in ein Geschäfts- oder Uebergangsministerium einzutreten. Sie wird jedes Geschäfts- oder Uebergangsministerium bekämpfen, das ohne ihre Zustimmung zustandekommt und beruft sich dabei auf die Vereinbarung mit dem Zentrum und den Demokraten, wonach Stegerwald zurücktreten soll, wenn es ihm nicht gelingt, ein Kabinett zustandezubringen, das die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion findet.

Fort mit den Sondergerichten!

Die verhetzende Tätigkeit der kommunistischen Presse und der Parteizentrale der KPD. hat unsägliches Elend über Tausende von Familien gebracht und ohne Zweifel Verbrechen gemeinster Art gegen öffentliche Sicherheit und Menschenleben ausgelöst. Ebenso steht fest, daß sich unter den Aufständischen Elemente befanden, die die Bewegung der vergangenen Woche aus dem in erster Linie Politischen ins reine Verbrecherische geleitet haben. Aber wer die Gelegenheit hat, an den jetzigen Hauptverhandlungen der Sondergerichte teilzunehmen, wird ohne weiteres erkennen, daß die Bewegung ungemein viele verhetzte, indifferente oder terrorisierte Mitläufer hatte, die nun für die Taten der eigentlichen Drahtzieher einstehen müssen.

Wir wollen uns prinzipiell nicht mehr mit der Frage der Sondergerichte auseinandersetzen. Es wird viel zweckmäßiger sein, die Sondergerichte nach ihrer Tätigkeit zu beurteilen und hierbei tiefer zu schürfen. Zunächst gibt einmal die Zusammensetzung des Sondergerichtes keine Gewähr dafür, daß den Gefangenen objektive Beurteilung zugebilligt wird. Aus den Fragen und Apostrophierungen des Vorsitzenden und der Staatsanwälte geht nur zu klar hervor, daß die Ankläger aus ihrer typisch bürgerlichen obrigkeitsstaatlichen Rechtsauffassung nicht herauskommen und z. B. Orden- und Ehrenzeichen monarchischen Angedenkens als strafmildernde Momente betrachten. So ist z. B. in der Freitag-Sitzung des Hallschen Sondergerichtes der terrorisierte Angeklagte Zuchner erst dann milder beurteilt worden, als man hörte, daß er bis vor kurzer Zeit bei der Reichswehr war und erst bei der Verminderung der Bestände entlassen wurde. Also wo alle Unschuldsbeteuerungen und Beweise nichts fruchten, hilft die Tatsache, daß der Angeklagte einmal irgendwie von monarchistischer Seite protektiert wurde oder im Heere diente. Das genügt aber doch für einen vernünftigen Menschen noch lange nicht zur Qualifikation, ebenso wie die Heeresuntauglichkeit eines Angeklagten ihn nicht sofort zum Verbrecher stempelt. Die strafmildernden Momente sollten von den Sondergerichten an einer ganz anderen Stelle gesucht werden. Dazu müßten sich aber die Richter und die Staatsanwaltschaft in die absolut konstruktive Psychologie des Arbeiters versinken können. Doch ist das nach allen bisherigen Sondergerichtsurteilen nicht anzunehmen.

Denn die bisher Verurteilten sind fast durchweg Mitläufer. Das Gericht hat es aber nicht verstanden, die Einschüchterung, den Terror, die naive Auffassungsgabe vieler Angeklagten mit in Betracht zu ziehen. So wird in allen Fragen die Schuld des Hochverrats entrollt, obwohl sich nun schon in den meisten Verhandlungen ergeben hat, daß sich die Angeklagten, über Zweck und Ziel, das Hochverräterische des Unternehmens gar nicht im Klaren waren. Auch haben sie sich sehr oft durch die Drohung der Arbeitskollegen, aus dem Betriebe hinausgeekelt zu werden, einschüchtern lassen. Im Allgemeinen hat man die Dummen gefaßt. Ausnahmen bestätigen die Regel. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß mehrere Gefangene, wie z. B. Hühnerbein aus Langenbrücken, verhaftet wurden, obwohl sie sich gegen die Polizei durchaus passiv, ja sogar zuvorkommend benommen haben. Schon allein das „verdächtige" Aussehen genügte, den Arbeiter Hühnerbein in längere Untersuchungshaft zu setzen. Jetzt ist er endlich freigelassen worden. Sind solche Dinge angängig?

Ich habe mich bisher immer gewundert, daß alle Angeklagten ohne Belastung von seiten irgend welcher Zeugen so bereitwillig ein Geständnis ablegen, von dem sie doch selbst wissen, daß es ihnen Gefängnis- oder Zuchthausstrafe einbringt. Und offen gestanden, ich wundere mich noch. Man wäre versucht, einen großen Argwohn Platz greifen zu lassen. Denn ein einigermaßen gewitzigter Mensch wird bei klarem Verstand und voller Willensfreiheit sich doch solange nicht selbst belasten, als ihm nicht ein Zeuge ein Verbrechen nachweist. Und die meisten Urteile, die bisher gefällt wurden, bezogen sich nur auf die eigenen Aussagen der Angeklagten. — Psychologisch ein Rätsel und Anlaß zu einem gewissen Argwohn, der hoffentlich durch das glücklichere Gegenteil revidiert werden kann.

Namenlos unglücklich, wenn nicht sogar intrignant benehmen sich die Herren Offiziallverteidiger, die als Privatverteidiger sicherlich ungemein viel gute Worte für die Angeklagten aufbringen würden, so aber über ein kärgliches Gestammel nicht hinauskommen. Ja, wenn es dabei bleiben würde, wäre es noch gut! Meist liegt aber die Sachlage so, daß der Beschuldigte ohne Rechtsanwalt besser weggekommen würde. In der Freitag-Sitzung des Hallschen Sondergerichtes spielte sich gar Rechtsanwalt Bennewitz als stramm nationalistisch orientierter Ordnungshüter auf und legte seinen Klienten als parteipolitischen Gegner durch äußerst spitzfindige Fragen offensichtlich herein. Die laute Mißstimmung der wenigen Zuhörer mag ihn über das Ungehörige seines Vergehens belehrt haben, insofern diese Leute nicht gänzlich unbelehrbar sind. Fest steht, daß durch solches Vorgehen der kommunistische Spuk nicht erstickt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0001

Ein anderer Herr Rechtsanwalt beliebte, sich selbst „nur Offizialverteidiger" zu nennen und sich damit von vornherein als unnütze Zierde zu bezeichnen. Solche Zustände schreien natürlich zum Himmel. Nachdem das Extrem von links niedergangen ist, scheint das Extrem von rechts in den Gerichtshöfen sein Unwesen zu treiben. Das geht ja schon daraus hervor, daß die Richter von den parteipolitischen Schattierungen der Linken keine Ahnung haben und Sozialisten, Kommunisten, Syndikalisten in einen Topf werfen, wie ja auch dem Herrn Staatsanwalt schon in mehreren Fällen das KPD.-Mitgliedsbuch eines Angeklagten zur Konstruktion einer Anklage genügte. — —

Zum Schlusse noch eine Beobachtung, die ich am Freitag in der Moritzburg machen konnte. Dort wurden die Gefangenen im Hofe „spazieren geführt". Und auf welche Art? Die Angeklagten wurden in Reih und Glied gestellt, mußten einen Kreis bilden. Jung und alt. In der Mitte stand ein Schupowachtmeister mit einem Gegenstand, den er drohend schwang. Genau konnte ich den Gegenstand nicht erkennen. Dann schnarrte er: „Los! Lausschritt, Marsch, Marsch! Eins, zwei, eins, zwei!" Die Gefangenen rannten jung und alt hintereinander im Kreise ungefähr zehn Minuten lang über den Platz. War etwas aus dem Glied herausgetreten wolle, wurde von dem Wachtmeister in „Ordnung gebracht". Dann war der „Spaziergang" zu Ende. Kommentar gänzlich überflüssig!

Man kann ruhig sagen, daß die Sondergerichte in ihrer Zusammensetzung und ihren Urteilen keine Gewähr für die vernünftige Aburteilung der Gefangenen bieten. Außerdem haben die Verhaftungen viel mehr die Verierten als die Verführer betroffen. Die Sondergerichte entpuppen sich in ihrer Außerachtlassung aller seelischen und menschlichen Momente und ihrer Paragraphenwirtschaft im grausamsten Sinne immer mehr als Ausnahmegerichte. Darum fort mit ihnen! H — r.

*

Die Redaktion der Volksstimme schließt sich dieser Forderung ihres Kollegen, der als Berichterstatter den Verhandlungen [illegible] der Verhandlungen hebt sich mit entsetzlicher Klarheit hervor, daß die Richtersprüche geeignet sind, genau wie das Treiben der Terroristen, Menschencharaktere zu schaffen, die sich widerstandslos jede [illegible] gegen einem Hölz gehorchen, wie am nächsten Tage einem Lindendorf, ohne sich bewußt zu sein, was sie tun. Gegen den kommunistischen Wahnsinn helfen nicht Sondergerichte und harte Urteilssprüche über die verführten Mitläufer, — Lemck, Bowitzki, Schneider, wo sind die Zutreiber der Reaktionäre, sie erscheinen nicht vor Gericht — dagegen hilft nur sozialdemokratische Aufklärung und Erziehung des Einzelnen zum verantwortungsbewußten Staatsbürger, selbst wenn er schon einmal gegen den Staatsgedanken gefehlt haben sollte. Dieser Gesichtspunkt ist natürlich viel zu groß, um bei den Richtern Berücksichtigung finden zu können.

Daß man es mit leicht beeinflußbaren Menschen fast bei allen Angeklagten zu tun hat, beweist die Bereitwilligkeit, mit der sie, ohne durch Zeugen gezwungen werden zu können, über alles Auskunft geben und gewöhnlich selbst die Schlinge drehen, in der sie gefangen werden. Oder soll man, wenn die Charakteranlage bestritten wird, annehmen, daß die Art ihrer Behandlung während ihrer kurzen Gefangenschaft sie seelisch und moralisch gebrochen hat. Das ließe furchtbare Schlüsse auf das zu, was hinter den Mauern vor sich geht. Und zuletzt: allen Angeklagten tritt als Ankläger ein Mann entgegen, der in seinem Antlitz von früher her reichliche Spuren der Studentenraufluft trägt. Geben nur die Formen, in der sich eine solche äußert, den Grund zur Verurteilung? Dann soll man aber auch als Milderungsgrund die Schule des Krieges gelten lassen, die die Rauflust unter der unbemittelten Bevölkerung gerade nicht die besten Wege gewiesen hat.

Eine S.P.D.-Entschließung zur internationalen Lage.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der Großberliner Funktionäre und Vertrauensleute der SPD. sprach am Freitag abend Genosse Hugo Heimann zu dem Thema: „Friedensvertrag und Arbeiterklasse." In einem zweistündigen vorzüglichen Referat, das von Anfang bis zu Ende mit gespanntester Aufmerksamkeit von allen Anwesenden angehört und oft von lebhafter Zustimmung unterbrochen wurde, entrollte der Redner ein ergreifendes und zusammenfassendes Bild des leider in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterklasse allzu wenig bekannten Inhalts des Versailler Friedensvertrages. Nach seinem Referat, das mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme, die auch den Standpunkt der Sozialdemokratie zu der Wiedergutmachungskrise und zu dem neuerdings von bürgerlicher Seite eingeleiteten Einheitsfrontrummel klar zum Ausdruck bringt:

Die Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute der SPD. Groß-Berlins begrüßen die Entschließung, die der Exekutiv-Ausschuß der zweiten Internationale und die Internationale Gewerkschafts-Konferenz in der Frage des Friedensvertrages und der Wiedergutmachung am 1. April angenommen haben.

Die deutsche Arbeiterschaft erkennt an, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses von Genf bereit ist, die volle Verantwortung für alle berechtigten Wiedergutmachungs-Forderungen zu übernehmen. Diese Wiedergutmachungspflicht muß aber begrenzt sein durch die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und darf nicht dazu führen, die deutsche Arbeiterklasse für Generationen zu wirtschaftlicher Sklaverei zu verurteilen. Friedensvertrag und Londoner Beschlüsse gehen über diese Grenze weit hinaus.

Umfang, Art und Weise der Entschädigung müssen durch Vereinbarungen der Beteiligten festgestellt werden. Strittige Fragen sind durch Sachverständigen-Kommissionen unter Zuziehung der Organe der internationalen Arbeiterschaft vorzuberaten.

Die Anwendung militärischer Gewalt durch die Machthaber der Entente, weit entfernt die Wiedergutmachung zu fördern, dient nur dazu, die Reaktion und den Kapitalismus in allen Ländern zu stärken, Lebens- und Arbeitsbedingungen der internationalen Arbeiterschaft aber herabzudrücken.

Die deutsche Arbeiterklasse weiß jede Gemeinschaft mit den deutschen Rechtsparteien, ihrem Säbelgerassel und Rachegeschrei, weit von sich. Sie hofft, daß die internationale Arbeiterschaft, überzeugt von der Aufrichtigkeit der deutschen Wiedergutmachungsabsichten und der Unerfüllbarkeit der Deutschland im Friedensvertrag und den Londoner Beschlüssen auferlegten Bedingungen, gemeinsam mit ihr eine Revision des Friedensvertrags durchsetzen wird, die geeignet ist, die moralischen Folgen des Krieges zu beseitigen und aus der Blutsaat des Krieges eine bessere und gerechtere Ordnung erstehen zu lassen.

Ueber die Stellungnahme der Konferenz zur preußischen Regierungsfrage berichten wir an anderer Stelle.

Französische Pläne.

Paris, 16. April. (WTB.) Marcel Hutin teilt dem „Echo de Paris" mit, der gestrigen Beratung im Elysee habe ein militärischer Bericht des Marschalls Foch und ein wirtschaftlicher Bericht des Ministers Loucheur zu Grunde gelegen. In seinem Bericht unterscheide der Marschall zwischen den Truppen, die zu Beginn der Besetzung des Ruhrgebietes unerläßlich seien, und deren Zahl eine hohe sei, und den Truppen, mit denen man sich später begnügen könne. Die letzteren Truppen würden die Hälfte der Truppen nicht übersteigen, die die französische Armee bis zum 1. April am Rhein unterhalten habe. Zur den ersten Fall aber müsse man zwei Jahresklassen einberufen. Nach dem Bericht von Loucheur sei ein großer Steuerplan im besetzten Gebiet und eine Taxierung der Kohlen- und Industrieprodukte, die aus dem besetzten Gebiet herausgingen, geplant, deren Ertrag auf dreieinhalb Milliarden Goldmark geschätzt werde.

*

Eine an und für sich mehr lächerliche als politische Anfrage im Kammeraustausch hat Briand dazu benutzt, um die Aufteilung Oberschlesiens anzukündigen. Danach würde Polen die Gruben und industriellen Bezirke, Deutschland die landwirtschaftlichen Zonen [illegible]. Diese Ankündigung charakterisiert die ganze französische Politik. Während der Oberste Rat noch mit der Prüfung der oberschlesischen Frage beschäftigt ist, nimmt die französische Regierung bereits das Resultat dieser Prüfung vorweg und stempelt sie und den ganzen assoziierten Beratungskörper damit zur Farce. Noch kurioser nimmt es sich aus, daß Briand den Trennungsstrich zwischen Deutschland und dem oberschlesischen Industrieraviere in einem Augenblick zieht, in dem Foch bereits mit einem Stiefel im rheinisch-westfälischen Industriegebiet steht. Rheinland-Westfalen liefert etwa 70 Prozent der deutschen Steinkohle, Oberschlesien etwa 23 Prozent und (früher) das Saarrevier etwa 7 Prozent. Die Saarkohle ist ja bereits in französischen Besitz übergegangen. Entzieht nun auch noch die oberschlesische und die Ruhrkohle, so müßte die deutsche Industrie ihren Kohlenbedarf zu den Weltmarktspreisen einführen, wobei es immer noch von der Gnade der Entente abhängen würde, wieviel Kohle sie hereinließe. Das würde eine Verteuerung für unsere Wirtschaft bedeuten, die sie kaum ertragen könnte. Hinzu kommt noch, daß auch die Hüttenindustrie in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien nicht mehr auf deutsche Rechnung arbeiten könnte. Eine Wiedergutmachung von deutscher Seite käme also unter diesen Umständen nicht mehr in Betracht und es wäre sogar die Frage, ob Deutschland sich überhaupt noch selbst ernähren könnte. Diese Lösung Briand-Foch würde also für die Entente ein noch zweifelhafteres Denaergeschenk bedeuten als die Ausführtage, die sich bereits in ihren Anfangswirkungen als höchst unbequem herausstellt.

Aber auch bei einer Nichtbesetzung des Ruhrreviers wäre eine Loslösung des oberschlesischen Industriegebiets ein Schlag für Deutschland, der unbedingt seine Rückwirkung auf unsere Zahlungsfähigkeit ausüben müßte. In den 23 Prozent Steinkohle, in der Hüttenindustrie und in den hochwertigen deutschen Hüttenarbeitern Oberschlesiens liegt ein gut Teil unserer wirtschaftlichen Kraft. Wir können ihn nicht entbehren, ohne — im Vergleich zum Frieden — als 30 Prozent kriegsbeschädigt herumzukrücken. Wer das nicht einsieht, begeht eine Vogelstraußpolitik, die notwendige Folgen nun einmal nicht einsehen will.

Kommunistische „Festen".

Die Kommunisten erheben ein dauerndes Geschrei, daß man sie nicht immer wie Porzellangegenstände behandelt. In der Aufruhrdebatte des Landtages erwähnte der Redner unserer Fraktion einen bezeichnenden Fall, wie die Kommunisten gegen ihre eigenen Klassengenossen vorgehen, wenn sie ihren Wahnsinn nicht mitmachen. Wir wollen unseren Lesern diesen erwähnten Fall ausführlich schildern:

Am 31. März wurde in seiner Wohnung in Mörs der Geschäftsführer des Bergarbeiterverbandes Peter Zimmer von einer Bande von 500 bis 600 Kommunisten überfallen. Trotzdem er sich mit verschiedenen Genossen verzweifelt verteidigte, wurde er endlich durch einen Steinwurf niedergestreckt. Die entmenschte Bande zog ihn dann an den Beinen die Treppe hinunter und mißhandelte dann den Wehrlosen in geradezu bestialischer Weise. Endlich, als man ihn tot glaubte, ließ man von ihm ab. Zimmer liegt jetzt im Krankenhause mit entsetzlichen Verletzungen. Ein Bein und ein Arm ist gebrochen, dazu einige Rippen. Der ganze Kopf ist mit blutigen Wunden bedeckt. Ob er wieder aufkommt, weiß man nicht; jedenfalls wird er aber zeitlebens ein Krüppel bleiben.

Zimmer war der von den Kommunisten meistgehaßte Mann in Mörs, weil er ihren Tiefereien stets scharf und energisch entgegentrat; jeder, der ihn kennt, bedauert sein tragisches Schicksal."

Ein anderer Bericht sagt:

„Als man ihn vor die Tür brachte, bildete das Gesicht nur noch eine unförmige Masse. Draußen wurde er erneut mißhandelt, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Eine Frau (!) zertrümmerte ihm mit einer abgerissenen Latte den Schädel. Kein Mensch wagte, gegen die Bestien in Menschengestalt einzuschreiten. Noch als man ihn schon tot glaubte, stellten sich einige Burschen auf den an der Erde Liegenden und bearbeiteten sein Gesicht mit den Absätzen."

Wie aber nimmt die kommunistische Presse zu dieser Untat Stellung, sie, die sich so ungeheuer empört, wenn ihre Anhänger nicht mit Samthandschuhen angefaßt werden? Das Düsseldorfer Organ der KAPD., die kommunistische „Freiheit", schreibt anläßlich des viehischen Lynchaktes gegen unseren Genossen Zimmer in Mörs Gemeinheiten, die hier festgenagelt seien. Unter der Ueberschrift „Peter Zimmer, der erschlagene Schuft" meint dieses Blatt für edle Kultur:

Daß dieser Schuft in zorniger Aufwallung erschlagen wurde, ist menschlich wohl zu bedauern, trotzdem verurteilen wir die Tat nicht jedoch wie wir den Mord an Sült verurteilen, sondern eher wie das einfache Töten eines Pferdediebes, wobei wir zugeben, daß ein Pferdedieb sich beleidigt fühlen könnte, wenn man ihn mit einem Spekulanten vom Schlage eines Zimmer auf eine Stufe stellen wollte.

Kommentar überflüssig.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten)

Einst hatte es geschienen, als würde der alte Rafferty hoch hinauf kommen. Er war in der San Jose Grube Wagmeister gewesen, doch hatte er die Stellung aufgegeben, weil er fand, daß seine Religion die Ausführung der ihm erteilten Befehle nicht gestatte. Man erwartete dort von ihm, daß er, wie viel auch immer die Bohrhauer herausschießen, niemals mehr als ein gewisses Gewicht Kohle eintrage. Da Rafferty es vorzog, diese Stelle aufzugeben, statt dem Befehl nachzukommen, mußte er die Grube verlassen, weil ja jedermann wußte, weshalb er nicht länger Wagmeister halte sein wollen, und seine bloße Gegenwart genügte, um die allgemeine Unzufriedenheit am Leben zu erhalten.

„Glauben Sie, daß es gar keine ehrlichen Gesellschaften gibt?" fragte Hal.

Der alte Mann erwiderte: „Es gibt schon einige, doch ist ehrlich sein gar nicht so leicht, wie Sie meinen. Die Gesellschaften müssen mit den gleichen Preisen arbeiten; wiegt die eine falsch, so müssen die andern dem Beispiel folgen. Dies ist eine Art, die Löhne herabzudrücken, ohne daß es von den Arbeitern bemerkt wird. Es gibt ja überall Leute, die auf ihren Profit bedacht sind." Und Hal mußte an den alten Peter Harrigan denken, der die Leitung der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft in der Hand hielt und der einmal gesagt hatte: „Ich bin ein großer Liebhaber von Dividenden."

„Das Unglück des Bergmanns," fügte der alte Rafferty hinzu, „ist, daß niemand für ihn einspringt. Er steht ganz allein."

Hal hatte während des Gesprächs die „rote Mary" beobachtet; sie saß gebeugt, die Arme auf den Tisch gelegt, ihre Haltung verriet die harte Tagesarbeit. Nun mischte sie sich ins Gespräch, ihre Stimme kam plötzlich, beinahe vor Verachtung: „Das Unglück des Bergmanns besteht darin, daß er ein Sklave ist!"

„Aber, Mary . . ." protestierte der alte Mann.

„Die ganze Welt steht gegen ihn und er hat nicht genug Verstand, sich zu organisieren, eine Gewerkschaft zu bilden, sie aufrecht zu erhalten."

Ein jähes Schweigen fiel jäh auf das Heim der Rafferty nieder. Sogar Hal war verblüfft, — zum ersten Mal hörte er im Kohlenrevier das Wort „Gewerkschaft" anders als im Flüsterton ausgesprochen.

„Ich weiß," sagte Mary, böser Trotz in den grauen Augen, „ihr wollt das Wort nicht hören. Aber es werden es trotzdem einige aussprechen."

„Das ist alles schön und gut," beschwichtigte der alte Mann. „Du bist jung, bist eine Frau . . ."

„Eine Frau? Haben denn nur Frauen Mut?"

„Freilich," erwiderte er mit sauersüßem Lächeln. „Die Frauen haben kleine Jungen und man kann sie nicht hindern, diese zu gebrauchen. Das wissen sogar die Aufseher."

„Mag sein," sagte Mary. „Und vielleicht haben auch die Frauen im Kohlenrevier am meisten zu leiden; und vielleicht wissen die Aufseher das!" Die Wangen des Mädchens brannten dunkelrot.

„Vielleicht," entgegnete Rafferty, dann schwieg er und paffte an seiner Pfeife. Es war klar, daß er nicht weiter sprechen, keine Gewerkschaftsreden in seinem Hause dulden wollte.

Nach einer Weile versuchte Frau Rafferty schüchtern ein anderes Thema anzuschlagen, indem sie sich nach Marys Schwester, die krank gewesen war, erkundigte; sie besprachen verschiedene Heilmittel gegen Kinderkrankheiten, dann erhob sich Mary: „Ich muß gehen." Hal stand ebenfalls auf: „Ich werde Sie begleiten, wenn Sie erlauben!"

„Natürlich," lachte sie, und die ganze Familie Rafferty schien durch diese Aeußerung von Hals Galanterie wieder in heitere Stimmung versetzt worden zu sein.

*

Da sie die Straße entlang schritten, bemerkte Hal: „Heute habe ich hier zum ersten Male das Wort „Gewerkschaft" gehört."

Mary sah sich ängstlich um: „Leise!" flüsterte sie.

„Aber Sie waren es doch, die davon gesprochen."

„Es ist etwas anderes im Hause vor Fremden zu reden, als auf der Straße. Weshalb soll man sein Verdienst fortwerfen?"

Er dämpfte die Stimme zu einem Flüsterton herab: „Möchten Sie wirklich hier eine Gewerkschaft haben?"

„Wirklich? Haben Sie denn nicht eben selbst gesehen, wie feig Herr Rafferty ist? Und so sind sie alle. Nein, nein, ich hatte bloß wieder einmal die Geduld verloren. Ich bin heute abend halb verrückt, — habe auch allen Grund dazu."

Er glaubte, sie würde weiter sprechen; doch schien sie sich anders besonnen zu haben. Schließlich fragte er: „Was ist geschehen?"

„Es hat keinen Sinn, darüber zu reden," erwiderte Mary; dann gingen sie eine Zeitlang schweigend neben einander her.

„Wollen Sie es mir nicht doch sagen?" die warme Güte seiner Stimme schien ihr Eindruck zu machen.

„Sie wenig wissen Sie doch von einem Kohlenrevier, Joe Smith!" sagte sie. „Können Sie sich denn gar nicht vorstellen, was es bedeutet, hier — eine Frau zu sein; noch dazu eine Frau, die aufgeweckt ist?"

„Das auch ist es!" rief er aus. Wieder schwiegen beide, bis er endlich zu fragen wagte: „Hat jemand Sie belästigt?"

„Freilich. Immer werden wir Frauen von dem einen oder dem andern belästigt. Immer. Kein Tag vergeht, an dem es uns erspart bliebe. — Blicke und Winke, wohin wir sehen."

„Wer denn?"

„Die Aufseher, die Angestellten, jeder der es sich leisten kann, einen steifen Kragen zu tragen und meint, er dürfe einem Mädchen Geld anbieten. Das fängt schon an, wenn wir noch in kurzen Röcken umherlaufen, und später hat man überhaupt keine Ruhe mehr."

„Können Sie denn den Leuten nicht klar machen, daß..."

„Ich habe es ihnen ja schon klar gemacht; nun aber quälen sie meinen Alten."

„Und Ihr Vater . . .?" Hal stockte, diese Frage würde sie ihm nicht gestatten.

Doch war ihr sein Zögern bereits aufgefallen. „Er war ja einst ein anständiger Mensch, aber das Leben hier verwandelt jeden in einen Feigling. Was immer man braucht, wohin man sich wendet — stets hängt alles von der Gunst eines Aufsehers ab. Der Raum, in dem einer schafft, die „tote Arbeit", die ihm zugeschoben wird oder nicht, Kredit im Warenhaus, oder vielleicht bei Krankheitsfällen der Arzt. Und unser Dach hat ein Loch, wir haben, wenn es regnet, keinen trockenen Fleck zum Schlafen."

„Ja", sagte Hal, „ich verstehe. Wem gehört das Haus?"

„Herrn Kosegi, dem Hausagenten. Aber wir wenden uns schon lange nicht mehr an ihn; das einzige, was er tut, ist die Miete erhöhen. Heute ging mein Vater zu Herrn Cotton, dessen Aufgabe es ist, sich um die hygienischen Verhältnisse zu kümmern; und es kann doch nicht gesund sein, in einem nassen Bett zu liegen."

Sie verstummte von neuem und Hal fragte: „Was hat Cotton gesagt?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0002

Ein Proletarier redet!

Preußischer Landtag.

8. Sitzung. Sonnabend, den 16. April, 12 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Koß (Kom.), den mündlichen Bericht des Rechtsausschusses über den kommunistischen Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Plenge auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Da die Abgg. Dr. Deerberg (Dn.) und Stendel (D. Vp.) widersprechen, kommt der Gegenstand nicht auf die Tagesordnung.

Es folgt die erste Beratung des Antrages fast aller Parteien auf Annahme eines Gesetzentwurfes über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des preußischen Landtages. Der Antrag geht ohne Aussprache an den Hauptausschuß.

Dritter Tag der Debatte über den Aufstand in Mitteldeutschland.

Abg. Oberroth (Soz.): Die kommunistischen Anträge auf Schadloshaltung der kommunistischen Presse usw. finde ich sehr unvollständig. Warum haben Sie nicht gleich einen Antrag auf lebenslängliche Anstellung einer Pension für Ihr Mitglied Hölz gestellt. (Heiterkeit.) Jenen Räuberhauptmann, mit dem sich Hoffmann, Scholem und Genossen identifiziert haben. (Hört, hört b. d. Soz.) Im Gegensatz zur Verherrlichung einer ganzen Reihe solcher Zeitgenossen als Märtyrer hat der Kommunist Franken gestern meinen Freund und Berufsgenossen Peter Zimmer eine elende Kreatur und einen Schuft genannt. (Zurufe b. d. Soz.) Ich würde mich selbst herabwürdigen, wenn ich mit gleicher Münze heimzahlen wollte. Ich darf nur sagen: Peter Zimmer ist 50prozentiger Unfallrentner und steht seit 20 Jahren im deutschen Bergarbeiterverband. Der halbtotgeschlagene Gewerkschaftsbeamte Zimmer hat in seinem langen Kampfes- und Opferleben unendlich mehr getan für die deutschen Bergarbeiter als die ganze Fortbildungsschule von links. (Stürmische Heiterkeit.) Es war seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, seine Mitglieder vor dem schamlosen Terror zu schützen, der von den verhetzten Verbrecherhorden ausgeübt wurde. Es ist eine schamlose Lüge und Verleumdung, wenn der jugendliche Abg. Franken hier behauptet, daß Zimmer, der einen nicht alltäglichen Mut bewies, gegen seine Ueberzeugung die Belgier gegen die deutschen Arbeiter herbeigerufen habe. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Hingegen haben hervorragende Kommunisten, wie Dr. Gabriel, Smeets usw. eine Depesche an die sogenannte hohe Interalliierte Kommission aufgegeben, man möge die verhafteten Bestien freigeben, denn sie seien Anhänger der freien rheinischen Republik.

(Stürmisches Hört, hört b. d. Soz.) Nachdem diese Leute sich offen ihres Hochverrates brüsteten, stellen nun die Kommunisten wehleidige Anträge zum Schutz dieser hochverräterischen Verbrecher. Derselbe Dr. Gabriel war bis zum Ausbruch des Krieges Redakteur des deutschnationalen „Grafschafters" in Mörs, wurde, als bei Ludendorff nichts mehr zu verdienen war, Mehrheitssozialist, um nach 14 Tagen unabhängig zu werden, und nach weiteren 6 Wochen war er glühlich Kommunist. (Hört, hört b. d. Soz. Zurufe b. d. Kom.) Seien Sie ruhig, Herr Scholem, wenn Sie Hunger haben und den Mund so aufsperren, dann bedaure ich nur, daß ich den eigens für Sie gekauften Lutschbeutel nicht mitgenommen habe. (Stürmische Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.) Herr Scholem hat eben den Versuch gemacht, den Hochverräter Dr. Gabriel von sich abzuschütteln; die heutige „Rote Fahne" redet aber eine andere Sprache. Sie berichtet, daß Genosse Dr. Gabriel bereits auf freien Fuß gesetzt sei,

weil er sich zur rheinischen Republik bekannt hat.

Dieser offenkundige Hochverräter wird in der „Roten Fahne" also als Genosse bezeichnet. Die Kommunisten, die das Blutbad im Ruhrrevier angezettelt haben, sind dieselben, die sich auf die linke Rheinseite geflüchtet und dazu aufgestachelt haben, den ehrlichen Gewerkschafter Peter Zimmer zu erschlagen. Eine Horde von etwa 2000 Leuten zog vor das Haus Zimmers, und es zeugt von seinem Mut, den Sie nicht haben (Sehr gut! b. d. Soz.), daß er eine Stunde lang in seiner Wohnung sich mit dem Hackenstiel verteidigt hat. Diesen Märtyrer ehrlicher Arbeit wagt ein Mitglied dieses Hauses elende Kreatur zu nennen. (Lebhafte Pfuirufe links, im Zentrum und rechts.) Ich darf das Wort „elende Kreatur" wohl an die Adresse zurückgeben, von der es kam. (Präsident Leinert: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie doch, sich gegen Abgeordnete anderer Ausdrücke zu bedienen.) Sie haben die Mentalität der deutschen Arbeiterklasse doch sehr falsch eingeschätzt, wenn Sie angenommen haben, daß Ihre mehrwöchige Hetze jetzt noch Erfolg haben könnte. Die Zeiten sind einmal gewesen, meine Herren von links. Heute steht gegen Sie ein eherner Wall in der deutschen Arbeiterklasse, der Wall, der Deutschland vor dem Versinken in den bolschewistischen Abgrund bewahrt hat:

Das sind die 8½ Millionen freigewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter, das sind die wahren Sozialisten in dieser Republik, die den Putsch von sich werfen, die in der Sabotage, im Sprengen von Eisenbahnen und in der Zerstörung kein Heil für die deutsche Arbeiterklasse sehen.

Angestiftet wurde diese Bewegung, um mit Paul Levi zu reden, von Kindsköpfen und Verbrechern. (Lebhafte Zustimmung. Zurufe b. d. Kom.) Wenn Sie Paul Levi heute ablehnen, ich kann das verstehen, Herr Scholem, Paul Levi ist Ihnen wahrscheinlich nicht mehr kosher genug. (Stürmische Heiterkeit. Zuruf des Abg. Scholem: Schamloser Antisemit!) Nein, Herr Scholem, ich bin kein Antisemit, ich hasse nur gewisse betrügerische Leute die unter allen Umständen aus Ideen Geschäfte zu machen versuchen. Glauben Sie denn wirklich, durch Dynamit und Verbrechen den Sozialismus und den Kommunismus verwirklichen zu können? Sie scheinen mir ein Anhänger der Rousseauschen Philosophie zu sein: Zurück zum Urzustand der Gesellschaft. Deshalb betrachten Sie ein Klosett mit Wasserspülung und Papierrolle als ein Symbol der kapitalistischen Kultur. Deshalb brauchen Sie doch aber kein Dynamit in Bedürfnisanstalten zu legen! In Sowjet-Rußland allerdings hat man eine andere Kultur. In Oberschlesien hat die kommunistische Zentrale die Parole ausgegeben, daß das Proletariat sich der Abstimmung enthalten solle, sie hat sogar Agitatoren dorthin geschickt, um unter der Arbeiterschaft für die Sabotage der Abstimmung zu hetzen. (Lebhafte Pfuirufe.) Weil Sie ganz genau wissen, daß bei einem Verlust Oberschlesiens

unsere Industrie aufhört zu existieren,

daß wir nicht mehr imstande sind, für 25 Millionen Menschen Lebensmittel einzuführen, so wollen sie das Elend in Deutschland häufen, um uns der Verzweiflung und Ratlosigkeit der deutschen Arbeiter die Rote Garde zu formieren, die dann wahrhaft auf Schutt und Asche eine neue Welt der Phantasien aufbauen soll. Wenn der Trümmerhaufen mit Ihrer Hilfe kommt, dann hören die Lebensmöglichkeiten für die deutschen Arbeiter auf. (Zwischenruf des Abg. Katz.) Freilich für Sie, Herr Katz, sind solche Erwägungen gegenstandslos. Herr Katz geht, wenn es in Deutschland nicht mehr klappt, nach Rußland. (Zuruf b. Kom.: Sie sind ein ganz schamloser Antisemit.) Mein Freund Hirsch und mein Freund Heilmann haben dasselbe Urteil über Sie wie ich. Warum hetzen Sie eigentlich gegen die Gewerkschaften, die zum Aufbau neuer Lebensmöglichkeiten Ueberschichtenabkommen im Bergbau abschließen? Wir rühmen uns dessen, daß der Bergarbeiterverband im vergangenen Jahre das Ueberschichtenabkommen abgeschlossen hat, daß uns 30 Millionen Tonnen Kohlen brachte.

Auf der Förderung von diesen 30 Millionen Tonnen Ueberschichtenkohlen beruhte die Beschäftigungsmöglichkeit von 3—4 Millionen deutscher Arbeiter.

Und da lamentieren Sie über die Arbeitslosigkeit! Sie ignorieren die Zusammenhänge der Weltwirtschaft und das Diktat des Friedensvertrages. Sie haben kein Verständnis dafür, daß das Kohlenabkommen von Spa der erste Schritt zum Abbau des Friedens von Versailles war. Sie haben für das Opfer unserer Bergleute ebenso wenig Verständnis wie die Deutschnationalen. (Widerspruch rechts.) In der Ostpreußischen Zeitung und einer Reihe anderer deutschnationaler Blätter werden über die deutschen Bergarbeiter so viele Unwahrheiten und Verleumdungen verbreitet, daß man sich an den Kopf faßt und sich fragen muß: womit haben die Bergarbeiter im Ruhrrevier es verdient, daß sie von der Rechtspresse beschimpft werden? In der Ostpreußischen Zeitung vom 4. April wird behauptet, daß die sozialdemokratischen Bergarbeiter des Ruhrreviers das deutsche Volk dem Elend ausliefern, weil sie das Ueberschichtenabkommen gekündigt und den Schiedsspruch, der eine neue Form des Ueberschichtenabkommens vorsieht, nicht angenommen haben. Wenn ich Ihnen mitteile, daß morgen in der entscheidenden Konferenz ein neues Abkommen getroffen wird, und daß die Bergarbeiter bis Ende Februar 1922

Ueberschichten freiwillig auf sich geladen haben,

dann müssen Sie zugeben, daß diese Arbeiterschaft, die eine Opfer willigkeit besitzt wie keine andere Volksschicht Deutschlands, den Schimpf nicht verdient, den sie jetzt von rechts erfährt, und daß sie auch nicht die Geringschätzung verdient, die aus den Worten des Herrn Graef herausklang.

Von rechts will man eine Regierung gegen die Arbeiter bilden. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es außer den 8½ Millionen sozialistisch organisierten Arbeitern noch 2—2½ Millionen anders organisierte gibt. Diese 11 Millionen organisierte Arbeiter, die mit der Rechten nichts zu tun haben, sind die Träger der wirtschaftlichen Macht Deutschlands. Ohne und gegen diese Arbeiter kann man nicht regieren; wenn Sie (nach rechts) den Versuch machen sollten, so schaffen Sie den Boden für die Räterepublik. (Sehr gut! b. d. Soz.) **Wenn Sie eine Regierung Stinnes errichten wollen, und den Aufbauwillen der deutschen Arbeiterklasse ignorieren, dann schaffen Sie den Konflikt und den Zusammenbruch. Glauben Sie** denn, daß Herr Pinkerneil gestern mit seiner Aufforderung zur Bewaffnung des Bürgertums und zum Selbstschutz zum Wiederaufbau beigetragen hat? Herr Pinkerneil hätte an Stelle seiner Frage, was die Entente zu den vielen Waffen in den Händen der Kommunisten sagt, lieber fragen sollen: was wird die Entente dazu sagen, daß ein bayerischer Staatssekretär Tabellen zur öffentlichen Kenntnis gibt, aus denen zu entnehmen ist, daß in den Händen der Einwohnerwehren und der Orgesch in Bayern Waffen für 6 Armeekorps vorhanden sind. (Hört, hört! b. d. Soz. — Große Unruhe rechts.) Dieser Politik verdanken wir die Spannung, die heute in der internationalen Politik vorhanden ist. Herr Dr. Pinkerneil hat offen ausgesprochen, daß Severing und Hörsing fort müßten, weil sie nicht forsch genug wären. Wohin man mit Ihrer Forsche kommt, das haben wir im vorigen Jahre im Ruhrrevier erlebt. Die Kommunisten haben seinerzeit das Bielefelder Abkommen sabotiert und daraufhin rückte das Korps Lichtschlag in das Ruhrrevier ein. Besonders der Kommunist Brass ist schuld an den Folgen dieser Aktion und dem Tode vieler Hundert Menschen. Die Kommunisten sind eben und das hat Herr Dr. Pinkerneil gestern recht deutlich ausgesprochen,

gar nichts anderes als die Schrittmacher der Reaktion.

Das Ziel der Kommunisten soll sein, die Räterepublik in Deutschland auszurichten. Aber man verkennt völlig den großen Unterschied zwischen Deutschland und Rußland. Rußland kann als militärisch unangreifbares Agrarland im Notfall 10 Jahre als geschlossener Handelsstaat existieren und ziemlich lange die bolschewistische Pferdekur vertragen. Aber Deutschland kann von der deutschen Landwirtschaft nicht ernährt werden, braucht eine Einfuhr von Lebensmitteln von 40 Milliarden Mark und zur Aufrechterhaltung der Industrie eine Einfuhr von etwa 20 Milliarden Mark. Glauben Sie denn, daß die kapitalistischen Länder, die Deutschland umgeben, diese Einfuhr und diese Kredite einer Räterepublik zur Verfügung stellen, die von Katz und Eberlein geleitet wird? (Heiterkeit.) Glauben Sie, daß Sie imstande sein würden, diesen ungeheuren Produktionsapparat zu übernehmen? In Ihren Reihen ist kein Einziger, der auch nur einen mittleren Konsumverein, eine Zeitungskorrespondenz oder ein Gewerkschaftshaus leiten könnte. (Heiterkeit.) Ihre aufsaugende Kraft würde bestenfalls soweit vorreichen, eine Produktionsgenossenschaft zum Strohdreschen und Blechhämmern zu bilden. (Heiterkeit. Zurufe links.) Glauben Sie, daß die Ententeheere so viel Angst vor Ihnen haben würden, daß Sie in Deutschland ruhig schalten und walten könnten? Sie würden Deutschland vom Weltmarkt abriegeln, das mit allen seinen Fäden mit der Weltwirtschaft verbunden ist. Sie laufen Sturm gegen den 7stündigen Arbeitstag im Bergbau. Sie wollen 6 Stunden; ich auch — aber nur dann, wenn sie möglich sind. (Hört, hört! Zurufe b. d. Kom.: Das geht ganz gut!) Wenn Sie morgen in den Stand gesetzt werden sollten, Ihre Versprechungen einzulösen, dann würden Millionen von Menschen in Deutschland verhungern und arbeitslos sein. (Wiederholte Zurufe b. d. Kom.) Ich bin kein Irrenarzt, ich kann nur Leuten etwas beibringen, die der Vernunft zugänglich sind. (Große Heiterkeit. — Zurufe b. Abg. Scholem. — Gegenrufe rechts: Ruhig Bubi!) Ihr Treiben erinnert mich immer an einen Schiffsreisenden, der im Sturm unten im Zwischendeck saß und sein Freund kommt zu ihm und sagt: Na, hast du keine Angst, daß das Schiff untergeht? — Ja, laß es doch untergehen, es ist ja nicht mein Schiff! (Große Heiterkeit.)

(Schluß des Berichtes der Sitzung in der nächsten Nummer der Volksstimme.

„Sie kennen ja Jeff Cotton, können sich also denken, was er gesagt hat: „Sie haben eine schöne Tochter, Burke. Warum reden Sie ihr denn nicht zu, daß sie endlich Vernunft annimmt?" Dann hat er gelacht und meinem Alten erklärt, es wäre ratsam, den Wink endlich zu verstehen, es sei für einen alten Mann schädlich, in der Feuchtigkeit zu schlafen — wie leicht könnte er dadurch eine Lungenentzündung bekommen und daran sterben."

Nun konnte Hal die Frage nicht mehr zurückhalten: „Was hat Ihr Vater getan?"

„Sie dürfen nicht schlecht von meinem alten Vater denken," sagte Mary hastig. „Er war recht kampfbereit, bevor er in O'Callahans Krallen fiel. Jetzt aber weiß er zu gut, was ein Berghauptmann dem Bergmann antun kann."

*

Mary Burke hatte gesagt, daß der Gesellschaft wenig an den heilen Knochen ihrer Arbeiter läge und Hal bekam bald Gelegenheit, sich von der Richtigkeit dieses Ausspruches zu überzeugen.

Das Leben des Bergarbeiters hing von der ordentlichen Bergzimmerung des Raumes ab, in dem er arbeitete. Die Gesellschaft lieferte zwar die Balken, benötigte sie der Bergmann jedoch, so waren in der Grube keine vorrätig und er mußte sie meilenweit holen gehen. Dann suchte er passende Balken aus, die er bezeichnete und wartete, daß einer der Gehilfen sie ihm in den Schacht bringe. Inzwischen aber nahm ein anderer die Balken — auch hierbei gab es Erpressung und Bevorzugung, — und der Bergmann verlor ein oder zwei Tage Arbeit. Unterdessen wurden seine Schulden beim Warenhaus immer größer und gar oft hatten seine Kinder keine Schuhe und konnten nicht zur Schule gehen. Manchmal gab der Bergmann es auf, länger auf die Balken zu warten und holte die Kohle weiter heraus, so daß ein Bergfall entstand; — die Totenbeschaukommission gab das Gutachten über „Fahrlässigkeit" ab und die Grubenbesitzer sprachen wichtigtuerisch über die Unmöglichkeit, dem Bergmann Vorsicht beizubringen. Erst unlängst hatte Hal das Interview gelesen, das einem Zeitungskorrespondenten vom Präsidenten der Allgemeinen Bergbeguttgesellschaft gewährt worden war. Im Verlaufe dieser Unterredung hatte der Präsident die Ansicht vertreten, daß es am allergefährlichsten sei, erfahrene Bergleute zu beschäftigen, weil diese alles besser zu wissen vermeinten und daher die von der Gesellschaft aufgestellten, weisen Maßregeln nicht beachten wollten.

Der schale Rest.

Die Debatte im Preußischen Landtag hat gerade noch gefehlt, um das kommunistische Treiben in seiner ganzen Hohlheit und Erbärmlichkeit bloszustellen. Während die äußerste Rechte mit grinsendem Wohlbehagen nach der äußersten Linken hinübersieht, beherrscht die Sozialdemokraten und Arbeitervertreter im Hause nur eine Frage: Wie ist es überhaupt möglich, daß diese Horde dummer Jungen in die preußische Volksvertretung hineingewählt werden konnte, wie ist es möglich zu ertragen, daß diese Gesellschaft sich darauf berufen kann, von Arbeitern gewählt zu sein?! Was war das Ergebnis der fünfzigjährigen gewaltigen Erziehungsarbeit, die von ihren besten an der deutschen Arbeiterklasse geleistet wurde, wenn deutsche Arbeiter sich solche Vertreter wählen können!

Junker und Bourgeoisie schicken gewiß auch nicht lauter Geistesriesen in die Parlamente, aber doch sicherlich Leute, die in praktischer Weise ihre Interessen vertreten. Eine Fraktion aber wie die kommunistische des Preußischen Landtags (nebenbei gesagt, die des Reichstags, ist um kein Haar besser) ist eben doch nur ein Beweis für die schauderhafte

politische Unreife eines Teils der deutschen Arbeiterklasse.

So schwer es fällt, dies auszusprechen, so muß es doch gesagt werden: Nur arme, unwissende Arbeiter können in der Vertretung ihrer Klasseninteressen eine so schreckliche Unfähigkeit beweisen, wie es die Arbeiter getan haben, die solche Mannschaften als ihre Vorkämpfer in die Volksvertretung entsandten.

Ja, das schlimmste an der kommunistischen Bewegung ist ihre totale Unfähigkeit! Nach dem tragischen Tod von Rosa Luxemburg waren in dieser Bewegung nur zwei Leute übrig geblieben, die als politische Persönlichkeiten überhaupt in Betracht kamen: Paul Levis und Klara Zetkin. Klara Zetkin hat es fertig gebracht, im Reichstag eine programmatische Rede zu halten, die vom ganzen Haus mit großer Achtung angehört wurde, man hat damals bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein etwas wie Stolz über diese geistreiche und mutige alte Frau empfunden. Paul Levi war immer ein wenig advokatorisch, nie ganz herzensscht, aber an Intelligenz und Bildung doch respektabel. Jetzt sind diese beiden letzten Säulen eines geistigen Kommunismus in Deutschland von den Aposteln der brutalen Gewaltpolitik gestürzt worden, beide werden von ihrer eignen Partei als Verräter behandelt — und was ist übrig geblieben? Man steht es im Preußischen Landtag und im Deutschen Reichstag mit Schrecken.

Sinowjew hat jüngst in einer Rede in Moskau gesagt, man habe Levi solange geduldet, weil die deutsche Kommunistenpartei arm an geistigen Kräften sei. Das war ausnahmsweise einmal aus dem Munde Sinowjew ein wahres und treffendes Wort. Seit der Abhalfterung von Levi und Klara Zetkin ist die Kommunistische Partei Deutschlands nichts anderes mehr als eine Verkörperung der Geistesarmut. Ihre Unfähigkeit ist das schlimmste ihrer Verbrechen.

Innerlich ist diese Partei seit dem Zusammenbruch des Osterputsches auch nichts mehr als ein Trümmerhaufen.

Man beschuldigt sich gegenseitig

des sinnlosen Putschismus auf der einen Seite, des opportunistischen Parteiverrats auf der anderen. Daß Levi trotz aller Drohungen aus Moskau nicht geneigt ist, die Waffen zu strecken, zeigt seine Broschüre. Es ist auch nicht anzunehmen, daß er und Klara Zetkin die seit zwei Jahren die Führung der Partei inne hatten, jetzt auf einmal allen Anhang verloren haben, ja es ist wahrscheinlich, daß die Mehrheit der in der VKPD. organisierten wirklichen Arbeiter im Grunde des Herzens auf ihre Seite steht. Die inneren Kämpfe sind also noch nicht abgeschlossen, sie haben kaum erst begonnen und werden voraussichtlich mit einer neuen Spaltung enden, wofern es die kommunistische Rechte nicht vorzieht, sich gleich der USP. anzuschließen. Einzelne werden gewiß auch diesen Umweg vermeiden und den Weg zur Sozialdemokratie ohne weiteres zurückfinden.

Die kommunistische Bewegung in Deutschland hat sich durch den Osterputsch tatsächlich selbst erledigt. Der Rest, der übrig bleibt, reicht gerade nur noch hin, um

die Sache der Arbeiterklasse zu kompromittieren

und der äußersten Rechten kleine Liebesdienste zu leisten, die sie mit Vergnügen aber ohne Entgelt entgegennimmt. An diesem Tatbestande messe man die geniale Theorie der Putschisten, man müsse die Konterrevolution solange provozieren, bis sie die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Mittelparteien aus dem Wege schiebe und die Macht selber in die Hand nehme. Dann wird nach dieser genialen Putschistentheorie die Einheitsfront des Proletariats hergestellt und dessen Sieg gesichert sein.

Man hat jetzt erlebt, was ein niedergeschlagener Putsch zu bewirken imstande ist, um die Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Er hat nur die irregeleiteten Teile der Arbeiterschaft noch weiter von den vernünftig gebliebenen proletarischen Massen getrennt, und den kommunistischen Flügel selbst zur völligen Verwirrung und Auflösung gebracht. Von denen aber, die dieses Werk vollbracht haben: kann man nicht einmal sagen, daß sie Lockspiegel gewesen sind — sie waren auch dazu zu dumm!

Die Verhaftung des Hölz.

Wir teilten schon am Sonnabend kurz die Verhaftung des gefährlichen Menschen mit. Der Berliner Polizeibericht vom Sonnabend sagt darüber: „Hölz hatte sich seinen Bart abnehmen lassen und trug kurzgeschnittenes Haar. Gestern spät abends beobachteten Beamte der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums am Kantonplatz in Charlottenburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0003

einen Mann, der eine entfernte Aehnlichkeit mit Hölz hatte und ein dort befindliches Café besuchte. Hölz befand sich in Begleitung eines anderen Mannes. Als die beiden kurz nach 11 Uhr das Kaffeehaus verlassen wollten, traten die Beamten auf die Männer zu und nahmen die beiden fest. Sie nahmen Hölz beiseite und fragten ihn, wer er wäre. Er erwiderte, das müßten sie ebenso gut wissen, wie er selbst. Sie brauchten ja nur im Fahndungsblatt nachzusehen. Darauf sagten sie ihm auf den Kopf zu, daß er Max Hölz wäre, was er dann auch zugab. Sein Begleiter war ein Tischler Röhl, mit dem Hölz während seines Aufenthaltes in Berlin verkehrte. Die Verhafteten wurden mit einem Auto nach dem Polizeipräsidium gebracht."

Hölz wurde dann am Sonnabend morgen in Gegenwart des Polizeipräsidenten Richter vernommen. Er gibt zu, Hölz zu sein, verweigert aber zurzeit nähere Angaben über seine Beteiligung an den ihm zur Last gelegten Straftaten. Das Bestreben der Polizeibehörde ist nunmehr darauf gerichtet, einwandfreie Zeugenbeweise für die Beteiligung des Hölz an den verschiedenen Gewaltaten zu erhalten. Zu diesem Zweck hat der Berliner Polizeipräsident eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt für aufklärende Mitteilungen, die zu einer Verurteilung des Hölz führen. Es kommt dem Polizeipräsidium darauf an, ein lückenloses Bild von dem gemeingefährlichen Treiben des Hölz zu erhalten und alle Straftaten, an denen er beteiligt ist, ans Licht zu ziehen. Denn wenn auch zweifellos Hölz die führende Rolle bei unsäglichen Bandentaten gespielt hat, so ist es doch nicht leicht, das Maß seiner Beteiligung an jeder einzelnen Straftat festzustellen.

*

Berlin, 17. April. Bei einem zweiten Verhör im Polizeipräsidium bestritt Max Hölz, an den Berliner Verbrechen irgendwie beteiligt zu sein, während er einen Teil anderer Straftaten einräumte. Die Kriminalpolizei ermittelte gestern das Gepäck des Festgenommenen, es bestand nur aus einem Koffer, der einem Genossen des Hölz gehört, enthielt ebenfalls nur Wäsche und Kleidungsstücke. Den Blättern zufolge wird Hölz sich nicht gemeinsam mit den Urhebern des Anschlags auf die Siegessäule vor dem Sondergericht zu verantworten haben, sondern es wird gegen ihn ein besonderes Verfahren eingeleitet werden, wenn das Material über seine Straftaten zusammengetragen sein wird. Hölz wurde gestern nachmittag nach dem Moabiter Untersuchungsgefängnis gebracht.

Die Stellung der „Roten Fahne".

Hölz hat alle Rechte eines politischen Gefangenen zu beanspruchen. Es besteht die Gefahr, daß Hölz „auf der Flucht erschossen" — ermordet werden kann. Das Berliner Proletariat darf keinen Zweifel darüber lassen, daß es das Leben des Gefangenen als ein Gut betrachtet, das keinem Mörder ausgeliefert werden darf.

*

Es fehlte bloß noch die Beteuerung, daß Hölz ein Märtyrer des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse ist. Die Ausführungen kommunistischer Parlamentsvertreter sind allerdings auf einen wesentlich anderen Ton gestimmt, als die der „Roten Fahne". Ob nur in Ausübung von List, Schlauheit usw. wollen wir nicht entscheiden.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Berlin.

Ein gewaltiges Schadenfeuer kam am Sonnabend nachmittag in der Greifswalder Straße 88/90, am Bahnhof Weißensee, aus. Auf dem Grundstück der Altpapierhandlung von Perschel, auf dem das Feuer entstand, lagerten bedeutende Mengen von Altpapier und Lumpen, die dem Feuer reiche Nahrung gaben, so daß es sich mit reißender Schnelligkeit ausbreitete und auf die Holzvorräte der Firma Langsch übergriff und weiter auf den Platz der Firma Kroßsamer. Es brannte in kürzester Zeit eine Fläche von mehreren tausend Quadratmetern. Die Feuerwehr mußte mit nicht weniger als 30 Fahrzeugen, darunter 2 Dampf- und 3 Motorspritzen, anrücken und hatte einen schweren Stand. Wegen der enormen Hitze mußten die Löschmannschaften Asbestkleider und alte Holztüren vor sich herschieben. Der gesamte Verkehr in der Fünfeichen Greifswalder Straße mußte eingestellt werden, die Straßenbahnen nach Weißensee jedoch wurden über Stallschmiedebrücken geleitet. Die Feuerwehr arbeitete so erfolgreich, daß nach zwei Stunden die Hauptgefahr beseitigt war, jedoch zog sich die Abkühlung der brennenden und schmelzenden Holzböcke, Balken und Bretter, die erst vollkommen auseinandergerissen werden mußten, bis in die Nacht zum Sonntag hin.

Bromberg. Ein ganzes Dorf niedergebrannt. Einem furchtbaren Schadenfeuer ist fast das ganze Dorf Prust (Bahnstation Prust—Eagnitz) zum Opfer gefallen. Von den vierzig Besitzungen des Dorfes sind nur drei vom Feuer verschont geblieben.

Böses Frühlingswetter. Aus dem Oberharz wird starker Schneefall gemeldet. In Clausthal liegen 10 bis 15 Zentimeter Neuschnee. — Schnee auch in Bayern! Aus München wird gemeldet: Infolge des jetzt seit zwei Tagen andauernden Schneewetters sind neuerdings starke Störungen des Ortstelephonverkehrs eingetreten. Es sind rund 1000 Telephonleitungen von neuem unterbrochen. Die Leitungen des Fernverkehrs haben weniger gelitten. — Schweres Wetter in der Nordsee. Ein schweres Sturmwetter aus Westen herrscht seit Freitag abend mit Hagel und Regenböen in der Nordsee. Der gesamte ausgehende Schiffsverkehr stockt. Eine ganze Anzahl Schiffe ist Schutz suchend aus See in Cuxhaven eingelaufen.

*

Vermischtes.

Was wird aus der Bevölkerung der Erde? Nach Abzug aller Kriegsopfer ist die gegenwärtige Bevölkerung der Erde auf 1,65 Milliarden Menschen zu schätzen. Würde die Ackerbaufläche der Erde intensiv ausgenutzt, wären die Verkehrsverhältnisse nicht gehemmt und durch politische Eifersüchteleien gehindert, so würden Lebensmittel und Rohstoffe für die Ernährung und Bekleidung einer Bevölkerung von 6 Milliarden Köpfen ausreichen, d. h. einer Bevölkerung, die viermal so groß ist wie die gegenwärtige. Nach der Berechnung der Statistik wird auf Grund des fortschreitenden Zuwachses im Jahre 2100 die Erde 6 Milliarden Einwohner zählen, womit das Maximum der Erhaltungsmöglichkeit erreicht wäre. Unseren Urenkeln bleibt also die Sorge vorbehalten, wie die Erde den Ueberschuß ernähren soll. Dabei gibt es immer noch Menschen, denen es auf der Erde so gut gefällt, daß sie sich nicht von ihr zu trennen entschließen können. In dieser Beziehung marschieren die Letten an der Spitze, die die größte Zahl von Hundertjährigen aufzuweisen haben. Ja, sie rühmen sich sogar eines Greises, der über 120 Jahre alt sein soll. Den nächsten Platz mit Bezug auf die Langlebigkeit der Bewohner nehmen die Falklandinseln ein, die dank der günstigen klimatischen Verhältnisse mit einer unverhältnismäßig großen Zahl von hochbetagten Leuten aufwarten können.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftl. des Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willy Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Hör; für die Inserate Wilhelm Herzog; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27

Sportplatz 98 am 24. April 2½ Uhr
Grosser Länderkampf
Frankreich gegen England
Deutschland gegen Holland
Näheres an den Plakatsäulen!

Große Neueingänge
in hervorragend schönen
Frühjahrsmänteln
seidene u. imprägnierte Mäntel
Gummi-, Reise- u. Staubmäntel
Kostüme — Röcke — Blusen.
Verkauf zu den niedrigsten Tagespreisen.
Otto Dobkowitz
Merseburg, — Entenplan.
Beachten Sie die neuen Auslagen in meinen Schaufenstern.

U.T
Leipzigerstr. 88 Fernruf 1224.
Die Geliebte des Grafen Varenne
Kriminalfilm nach einer wahren Begebenheit von F. Carlsen.
5 spannende Akte.
In den sensationellen Hauptrollen:
Lya Mara
Johs. Riemann, Hch. Peer
Vorführ.: 4.30 6.40 9.00
Nero, der Tryann von Rom
Lustspiel in 1 Akt.
Die Zaubergeige, Scherenschnitt.
Von Schreibtisch u. Werkstatt
Beginn: 4 Uhr.
Kleine Preise aufgehoben.
Alte Promenadella Fernruf 5738.
Der Mann ohne Namen
Eine abenteuerliche Angelegenheit in 6 Teilen nach dem Roman „Peter Voss, d. Millionendieb" von Ewald Gerh. Seeliger. Verfaßt von R. Liebmann und G. Jacoby. Regie: G. Jacoby.
II. Teil:
Der Kaiser der Sahara.
Hauptrollen:
Harry Liedtke, Georg Alexander, Mady Christians, Lori Leux, Erich Kaiser-Titz.
Der II. Teil enthält eine kurze Wiedergabe des I. Teiles.
Vorführ.: 4.30 6.40 9.10.
Gerh. Dammann in dem Lustspiel
Alles um die Höflichkeit.
Die neuesl. Wochenberichte
Beginn: 4 Uhr.
Kleine Preise aufgehoben.

Stadt-Theater
Dienstag, den 19. April, Anfg. 7. Ende 10 Uhr:
Hamlet
Trauerspiel von Shakespeare.
Mittwoch, Lohengrin.

Apollo-Theater Tägl. 7½!
„Die Perle der Frauen"
Baudeville in 3 Akten v. Fiedler.

Licht-Spiele
Nur noch bis Donnerstag
Der gefürchtete Meisterdetektiv
:: Harry Piel ::
in seinem neuesten Abenteuer
Der Reiter ohne Kopf - 3 Teile -
I. Teil: Die Todesfalle
in 6 gewaltigen Akten. — Ferner:
Karlchen, d. Riesenbaby
2 tolle Akte.
Beginn: 4.00 6.15 8.25
Fernsprecher 4681. Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Billige Seefische!
Seelachs o. Kopf Pfd. nur 1.20 M
Kabeljau o. Kopf Pfd. nur 1.50 M
Schellfisch o. Kopf Pfd. nur 1.80 M
Lebende Karpfen u. lebende Aale sind immer vorrätig.
Friedrich Krahmer,
Fluß- und Seefisch-Handlung, Fischerplatz 3. Fernspr. 6205.
Marktags Verkauf am Wochenmarkt.
Fernspr. dort 6600.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Dauerhafte Geldscheintaschen
in pa. Leder und jeder Ausführung!! sehr preiswert,
H. Krasemann
Leder-war.-Spez.-Geschäft, nur Schmeerstraße 19.

Besonders günstiges Angebot!
Gestreifte
Arbeitshosen
(Reichsware)
Preis Mark 46.00
Abgabe nur an Verbraucher.
G. Aßmann, Gr. Ulrichstr. 49.
Gegründet 1848.

Stellen finden.
3 tüchtige
Ringofenbrenner
stellt sofort ein
Trotha-Gennewitzer-Ziegeleien,
Angerstraße 1.
Arbeitslose
finden zum Zeitungstransport aushilfsweise Beschäftigung.
Verlag Volksstimme G.m.b.H.
Erdarbeiter
werden eingestellt am Rübenkellerneubau der Herren Gebr. Nagel, Zuckerfabrik Trotha.
Zu melden beim Polier
Baugeschäft Carl Lingesleben.

Fohlenversteigerung.
Am Mittwoch, d. 20. April 1921, wird auf dem Hofe der Artillerie-Kaserne vormittags 9 Uhr 30 Min. ein 3 Mon. altes Fohlen meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Halfter ist mitzubringen.
Kommando der Schutzpolizei.

Gummi
Badehauben 20 Mk.
E. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radium. alt. Schmiedeeb. Moor- u. medizinischen Bäder

Familien-Nachricht.
Transportarb.-Verband Zahlstelle Halle.
Nachruf!
Nach langen Leiden verstarb unser langjähriges treues Mitglied, der Packer
Paul Saal.
Ein ehrendes Andenken ist ihm sicher!
Im Namen der Mitgliedschaft:
Die Ortsverwaltung.

Ia Schweineschmalz garant. rein amerik. à Pfd. 11.—
feinste Tafelmargarine à Pfd. 8.— 9.— und 10.—
Amerikanisches Weizenmehl markenfrei à Pfd. 5.—
Haferflocken Pfd. 3.—
Weiß. Rangoon, Vollreis „ 3.—
Erbsen „ 2.50
Weiße Bohnen „ 1.50
Linsen „ 4.75
Schnittnudeln, weiß „ 7.—
Pflaumen „ 5.—
eingemachte Heidel- und Preißelbeeren
Emil Wolff,
Merseburg, Roßmarkt.

Sorgenlos
werden kluge Frauen durch Anwendung meines Spezial-Mittels bei Ausbleiben der monatl. Vorgänge. Meine Präparate haben sich in hartnäckigsten Fällen als zuverlässig erwiesen und vielen Frauen die Lebensfreude wiedergegeben. Zahlreiche unverlangte Dankschr. Darunter Erfolge in 1-3 Tagen. Absolut Zuverlässigkeit unschädlich. Schriftl. Garantie. Streng diskret.
W. Orth, Hamburg 19, Eppendorferweg 85 II.

ANZEIGEN
in der
VOLKSSTIMME
bringen dem Geschäftsmann die Erweiterung des Kundenkreises und Erhöhung des Umsatzes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

12. und 13. Distrikt. Die Versammlung ist verlegt auf Donnerstag, den 21. April, abends ½8 Uhr in der Altienbrauerei.

20. Distrikt. Cröllwitz, Dienstag, abends 7½ Uhr, Restaurant „Bergschenke".

Frauenversammlung der SPD. Dienstag, den 19. April, abends 7½ Uhr findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine Frauen-Mitgliederversammlung statt. Thema: „Die Aufgaben der Frau in Staat und Gemeinde." Referent Genosse Undeutsch. Die Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

Werbeausschuß der sozialdemokratischen Beamten. Sämtliche Beamte der S. P. D. versammeln sich am Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus.

Jungsozialisten. Dienstag abend ½9 Uhr findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine Vorstandssitzung statt. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. **Der Vorstand.**

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Beamte, Diätare und Anwärter! Kommenden Montag, den 18. April, abends pünktlich 7 Uhr im Schultheiß, Merseburger Straße Nr. 10: Sektionsversammlung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung, u. a. Wahl der Sektionsleitungen, Stellungnahme zur Ortsverwaltungswahl, ist vollzähliges Erscheinen erforderlich. Jeder bringe seinen grünen Mitgliedschaftsausweis zur Kontrolle mit. Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Transportarbeiterverband und Verkehrsbund, Halle. Auf die morgen, Dienstag, 7 Uhr im Volkspark stattfindende Generalversammlung wird nochmals aufmerksam gemacht und um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht. Zutritt nur laut Satzung.

Die Ortsverwaltung.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 18. April 1921.

Ein klarer, aber kühler Frühlingssonntag wurde uns mit dem gestrigen Tage beschert. Der Morgen war empfindlich kühl und wenn, durch den wärmeren Nachmittag veranlaßt, junge Damen den fälligen Spaziergang an der Saale in vorwitziger Eile per Taille oder im „Dünnsten" unternahmen, so haben sie sicher am Abend vor Kälte gebubbert. Es ist aber auch wirklich zu schändlich vom April, daß er uns noch so spät einen förmlichen Winterlag bringt und uns in unsere Paletots treibt. Wetterprophetische Nasen haben gestern sogar Schneeluft gerochen. Sie mögen richtig „gewittert" haben, denn aus anderen und gar nicht so weit entlegenen Gegenden Deutschlands werden uns wenig angenehme Ueberraschungen gemeldet. Wenn wir lesen, daß im Harz der Schnee 10—15 Zentimeter hoch liegt, in Nordbayern eine Kälte von 4 Grad herrscht und München ebenfalls von einer Schneedecke überzogen wurde, dann wollen wir uns im edlen Lokalpatriotismus freuen, daß Halle vor diesem grausamen Nachwinter bisher verschont blieb. Der Blütenschnee, der sich jetzt über Bäume und Sträucher ergossen hat, ist uns bedeutend lieber und der Wettergott mag mit unseren Sorgen um den zarten Knospenansatz Einsehen haben. Besonders anziehend ist auch nun wieder der Zoo mit seinen blühenden Anlagen. Gar prächtig stehen die vielen Flederbüsche da. Unsere Hallenser sollten fortan dem Zoologischen Garten etwas mehr Aufmerksamkeit schenken. Es liegt in unser aller Interesse, wenn er erhalten bleibt und jene Pessimisten unrecht haben, die den Gerüchten wegen Auflösung des Zoo Glauben schenken. Freilich wissen wir, daß nicht Halle allein an seinem Zoologischen Garten ein Sorgenkind hat. Auch in anderen Städten beschäftigt man sich mit der Frage: Auflösung oder Weiterführung mit Verlust. Wir wollen wünschen, das unser Tiergarten nicht abgebaut, sondern ausgebaut wird und daß künftig der Besuch ein besserer wird.

Aus der heutigen Sitzung des Sondergerichtes.

Bestrafte Arbeiter-Samariter.

Der Amtsvorsteher Kühler aus Holzweißig stand vor dem Sondergericht, weil er Gewehre in seinem Amtsgewahrsam beherbergt hatte. Darin wird ein Verstoß gegen das Entwaffnungsgesetz erblickt. Kühler behauptet, daß er die Anweisung für die Unterbringung der Gewehre von dem unabhängigen Landrat Stammer erhalten hat. Die Sache wird deshalb an das ordentliche Gericht überwiesen. Landrat Stammer und ein ganzer Stab von Zeugen soll zu der Verhandlung geladen werden.

Der Arbeiter Max Dietrich aus Leipzig-Lindenau hatte sich wegen Anschluß an eine Arbeiter-Samariter-Kolonne zu verantworten. Das Gericht erblickte in diesem Samariter-Dienste ein Vergehen wegen Anschluß an einen „bewaffneten Haufen". Der Angeklagte wird aus diesem Grunde zu der kaum glaublichen Strafe von **10 Monaten Gefängnis** verurteilt.

Menschenschicksale!

Urteile des Ausnahmegerichtes.

Gemeindevorsteher Otto Schwarze aus Hornburg wurde am Sonnabend morgen vom Sondergericht zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er beim Putsch sich von einem Kommunisten bestimmen ließ, auszukingeln, daß sich alle Männer zum Waffendienste bei der Roten Armee zu melden haben.

Der Aufseher Hermann Senger, bei dem man in der Reilstraße eine Handgranate ohne Zünder fand und dem sonst kein Vergehen nachgewiesen werden konnte, hatte sich ebenfalls zu verantworten. Urteil: 1 Monat Gefängnis. Einfach unhaltbar! Nach all den Begleitmomenten, die Senger, der übrigens mit Handgranaten gar nicht umzugehen versteht, ausführte, kann von einer Belastung Sengers nicht die Rede sein! Aber man kann sich doch keine Blöße geben und ihn freisprechen! Ein Monat Gefängnis ist ja nur eine Lappalie, nicht wahr, Herr Richter? Ich staune über Ihre fabelhaften Kenntnisse der seelischen Zerrüttung von Gefängnisinsassen.

Der Tuberkulöse Paul Andre aus Sangerhausen hat als Vorstand der dortigen Ortsgruppe der KAPD. Hetzarbeit getrieben und sich der „Heereskolonne Hölz" als Kompagnieschreiber angeschlossen. Er hat sich damit unzweifelhaft des Hochverrats schuldig gemacht, da er sicher imstande war, die großen Zusammenhänge und das Endziel der Hölzade zu sehen. Unverständlich bleibt aber, daß das Gericht auf den Gesundheitszustand des Angeklagten keine Rücksicht nahm und ihn zu der Höchststrafe von lebenslänglichem Zuchthaus und dauernder Aberkennung der Ehrenrechte verurteilte.

Dann wurde noch gegen den Schlosser Paul Fiedler aus Döllnitz, der im Auto die Aufständischen geführt hatte, aber noch sehr jugendlich ist, verhandelt. Das offene Geständnis einer gewissen Schuld seitens des Angeklagten wirkte sympathisch. Die Schuldfrage des Hochverrats wurde vernünftigerweise auch von dem Staatsanwalt verneint. Urteil: 6 Monate Gefängnis.

II—r.

Solidarität.

„Solidarität zu üben gegenüber seinen Klassengenossen ist vornehmste Pflicht jedes Proletariers." Diese Worte konnte man am Sonnabend in der unabhängigen Volkszeitung lesen. Wir unterschreiben sie und fügen noch hinzu, daß praktische Solidarität dem Leben des Arbeiters erst den hohen idealen Zug gibt. Nach welchen Grundsätzen äußerte sich aber diese Solidarität? Zunächst übt man weitgehendste Solidarität aus im Kreise derjenigen, die in einer Organisation sich zusammengeschlossen haben.

Diese Ansicht kommt zum Ausdruck in einem Aufruf des Bezirksvorstandes unserer Partei, der zu Sammlungen für die Parteigenossen aufruft, die während des kommunistischen Aufruhrs an Leben, Gesundheit und an ihrem bißchen Hab und Gut geschädigt worden sind. Darunter sind auch die fünf bei Gröbers ums Leben gekommenen Sipomannschaften erwähnt, die Mitglieder unserer Partei waren. Das bringt die Unabhängige Volkszeitung auf den kuriosen Gedanken, wir hätten die Solidarität verletzt. Wir wollen der unabhängigen Zeitung die Logik ihres Standpunktes aufdecken, wenn sie es selbst nicht fertig bringt.

Bei Gröbers stand die Schutzpolizei im Kampfe gegen den Räuberhauptmann Hölz. Wenn in diesem Falle sich die U. S. P. gegen einen Solidaritätsalt für unsere in diesem Kampf gefallenen Parteigenossen wendet, so erklärt sie eben ihre Solidarität mit den Methoden eines Hölz. Wir bezweifeln, daß die Vertreter der U. S. P. diese Taktik des hiesigen unabhängigen Organs mitmachen. Wir verweisen dabei auf die Rede des „Freiheit"-Redakteurs Rabold im preußischen Landtage. Feststellen möchten wir bei dieser Gelegenheit noch, daß es die Arbeiterklasse bis vor kurzem geschlossen abgelehnt hat, mit denjenigen solidarisch zu handeln, die es ablehnten, sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaft besser Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und dafür sich aufs Stehlen und Rauben verlegten. Wenn das bei den Unabhängigen anders ist, so müssen wir es ablehnen, von dort Ermahnungen über die Ausübung der Solidarität entgegen zu nehmen.

Die Einkommensteuererklärung.

Ueber die Abgabe der Steuererklärung zur Veranlagung der Einkommensteuer, die in diesen Tagen zu erfolgen hat, besteht noch vielfache Unklarheit. Besonders ist darauf hinzuweisen, daß sämtliche Steuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen im abgelaufenen Kalenderjahr den Betrag von 10 000 Mark übersteigen hat, nach erfolgter öffentlicher Aufforderung eine Steuererklärung einzureichen haben, auch wenn ihnen ein Steuererklärungsvordruck nicht zugesandt worden ist. Diejenigen Steuerpflichtigen, denen Vordrucke zugesandt worden sind, sind auch dann zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, wenn sie ein Einkommen unter 10 000 Mark gehabt haben. Die Zusenung der Vordrucke gilt zugleich als besondere Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung. Aber der Aufforderung nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt, hat zu gewärtigen, daß das Finanzamt ihm einen Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt. Im übrigen kann die Abgabe der Erklärung nach den Bestimmungen der Reichsabgabenordnung durch Verhängung von Ordnungsstrafen erzwungen werden.

Die Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung trifft auch alle Arbeitnehmer, selbst wenn sie weniger als 24 000 Mark Einkommen haben, sofern ihr Einkommen nur 10 000 Mark übersteigt. Ist einem Arbeitnehmer ein Vordruck zugesandt worden, dann hat er, wie oben erwähnt, auch dann eine Erklärung abzugeben, wenn er weniger als 10 000 Mark Einkommen bezogen hat. Denn der Steuerabzug vom Arbeitslohn war nur eine vorläufige Erhebung der Einkommensteuer. Die im Wege des Abzugs einbehaltenen Beträge werden selbstverständlich in voller Höhe auf die jetzt festzustellende Steuerschuld angerechnet. Die hiernach noch zu zahlenden Restbeträge werden infolge der durch die soeben in Kraft getretene Einkommensteuernovelle eingeführten Ermäßigungen teilweise nur gering sein. In einzelnen Fällen dürfte sich sogar eine Zuvielzahlung ergeben. Denn erst in dem auf Grund der Steuererklärung einsetzenden Veranlagungsverfahren können die gesetzlichen Abzüge an den Einkünften (Kosten für Fahrt, Berufskleidung usw.) neben den Ausgaben für Kranken-, Angestelltenversicherung usw. sowie etwaige drückende wirtschaftliche Verhältnisse, die eine Steuerermäßigung angebracht erscheinen lassen, Berücksichtigung finden. Erwähnt sei noch, daß nach dem neuen Einkommensteuertarif Einkommen bis 24 000 Mark nur einer zehnprozentigen Steuer, darüber hinaus mit einem ansteigenden Steuersatz belastet sind. Zu dieser Tarifermäßigung tritt noch die durch die Neuregelung der Abzüge für Haushaltsangehörige eintretende Erhöhung des sogenannten Existenzminimums, die gleichfalls eine Steuererleichterung zur Folge hat. Die Abzüge betragen für die Ehefrau und die zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählenden minderjährigen Kinder ohne eigenes Arbeitseinkommen bei Einkommen bis zu 60 000 Mark je 120 Mark vom Betrage der errechneten Einkommensteuer, welchem Betrage bei Einkommen bis zu 24 000 Mark ein steuerfreies Einkommenteil von 1200 Mark entspricht.

Kleines Feuilleton.

Schaff deinen Frühling Volk!

Schwer war dein Gang und die Nächte lang,
die du durchwandert, Volk der Verarmten.
Tot war dein Frühling und ohne Gesang
und verstucht, die sich deiner erbarmten.

Geduckt in Frohn und gedrückt im Lohn,
dumpf und armselig, nackt und getreten,
schlug dich der Reichen peitschender Hohn,
Knecht und Tier du in Hunger und Nöten.

Bitteres Los aber machte dich groß,
nicht nur im Leiden, nicht nur im Tragen.
Haß, der sich glühend ins Herz dir ergoß,
Knechtschaftshaß ließ dich trutzen und wagen.

Unser die Welt! Du wußtest, es fällt
doch einst der Ketten klirrende Schwere.
Fort die Bedrücker, die uns gequält!
Wir sind der Freiheit siegbafte Heere!

Glühend und weit dehnt sich neuer Zeit
unsre Brust, unser Wollen entgegen.
Du sei, mein Volk, zum Kampfe bereit,
stark und reif zu den wuchtigsten Schlägen.

Schwer war dein Gang und die Nächte lang;
Schaff deinen Frühling, Volk der Befreiten!
Schaffe die selber Licht, Glück und Gesang
und den Glanz für die kommenden Zeiten.

Hans Gathmann.

„Die Maizeitung 1921."

(Preis 1 Mk., reich illustriert, soeben erschienen.)

Den Maigedanken in seiner siegreich historischen Auswirkung illustriert Franz Klubs in zündenden Worten. Der Vorkämpferinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung gedenkt in liebevollen Ausführungen Klara Bohm-Schuch. Ueber persönliche Maierlebnisse plaudert unser Reichstagspräsident Paul Loebe in seinem lesenswerten Beitrag „Maifeste vor 30 Jahren". Einer „Deutsche Arbeit" betitelten Abhandlung von Richard Woldt steht ein Artikel „Deutscher Geist" von H. Schulz gegenüber. Unser Gen. E. R. Müller wendet sich in seinen warmherzigen „Unsere Jugend" betitelten Ausführungen an den Proletarternachwuchs. Neben Gedichten von unserem jüngst verstorbenen Franz Diederich und von Walter Schenk finden sich Aussprüche unserer bekannten Parteiführer. Dieser reichhaltige Text wird durch ein ebenbürtiges Bildermaterial belebt. Vor allem verweisen wir auf das wuchtige, von M. Brandenburg gezeichnete Titelbild, das so recht die Gegenwartssituation für Deutschland versinnbildlicht. Aus schwerem Gewölk senkt sich der Erdball auf die sich mit Anspannung aller Kraft wehrenden Arbeiter hernieder, sie zu zermalmen. Lichter und hoffnungsvoller ist das dreigeteilte Mittelbild von Ilse Schütze-Schur gehalten: „Die Maienfreude schreitet über die Erde". Und noch zuversichtlicher klingt der Gedanke vom siegreichen Mai in einem zweiten Bild derselben Künstlerin an, das sie „Der Aufbau" genannt hat. Außer zahlreichen Kunstbildern — wir nennen hier: „Kohlenträger" von L. Sandrock, „Wehrhafter Schmied" von L. Burger, „Rückkehr von der Arbeit" von P. Paulus, „Feierabend" von A. Plauer — sind die charakteristischen Bilder von Bauten und Einrichtungen, wie sie vor dem Kriege deutsche Arbeit und deutscher Fleiß so ziemlich an allen Ecken und Enden der Welt errichteten. Wissenschaftlich künstlerisch und parteigeschichtlich interessante Porträts schließen sich Bilder von den Grabstätten Wilh. Liebknechts, Paul Singers und Ignaz Auers an. Auch an anderen Abbildungen fehlt es nicht, die charakteristisch für die Art sind, wie die deutschen Arbeiter bisher den Maitag gefeiert haben. Alles in allem darf man sagen, daß die diesjährige Maizeitung dem Herzen und Sinn unserer Parteigenossen entsprechen wird. Sie ist von der Parteibuchhandlung „Volksstimme", Große Ulrichstraße 27, und den Parteiorganisationen zu beziehen.

Uraufführung der „Perle der Frauen" im Apollotheater.

Am Sonnabend ging im Apollotheater wieder eine Uraufführung in Szene. Der Text stammt von Richard Keßler, die Musik dazu hat Hans Fiedler geschrieben. Man betrachtet jetzt jede neue Operette mit skeptischen Blicken in der Hoffnung, vielleicht etwas Besseres als die gewöhnliche Durchschnittsware zu finden. Das Publikum soll sich amüsieren — das ist auch hier das Leitmotiv. Ueber den Gedankeninhalt muß man großzügig hinweggehen. Ein Mann hat — wenn auch nur im Scherz — zwei Frauen, die sogar gleichzeitig mit dem Kinderwagen auf die Bühne kommen. Und dann wird Harem gespielt! Was will man noch mehr! Die Musik scheint auf etwas höherem Niveau zu stehen. Der Komponist befleißigt sich immer eine Tonsprache, die musikalisch zu charakterisieren versucht. Neben der bayerischen Eigenart hört man türkische Musik. Auch die Melodik, besonders die Instrumentierung bieten so manches Reizvolle. Die musikalische Leitung lag in den Händen des Kapellmeisters Röhren, der sicher und geschickt führte. Für die Spielleitung hatte Franz Menar gezeichnet, der wirklich ganz nette Bühnenbilder geschaffen hatte und den Rentier aus Köticbenbroda, Tobias Spachtel, mit viel Humor spielte. Als Max, sein Adoptivsohn, stand Martin Lindemann am richtigen Platze. Georg Tippert vertrat den Bildbauer Ernst Haselbach mit viel Geschick, während Lotte Ricken als Adele, seine Frau, die kleine Rolle vom trefflich darstellte. Adeles Schwester, Klara, hatte in Fanny Köbe eine ausgezeichnete Vertreterin. Else Inera fand sich in der Partie der Resi Pirßlinger recht gut zurecht, obgleich ihr die Rolle nicht liegt. Auch Kurt Dissen als Aloys Reingruber und Charlotte Haase als das Dienstmädchen Berta sind lobend zu erwähnen.

C. Pr.

„Semper, die Mumie." Wer ist Semper? Asmus Semper war der „junge Mann", dem der Hamburger Schriftsteller Otto Ernst einen Roman widmete. Der Autor bespiegelte sich mit diesem Helden selbst und gewann damit Ruhm und Geld. Die Sache machte sich. Was lag näher, als auf Semper den Jüngling, Semper den Mann folgen zu lassen, Und so geschah es. Die liebe Mitwelt erfreute sich bald einer charakterstrotzenden Verlängerung des ersten Werkes. Sei es nun, daß Semper über seinen früheren „Sturm und Drang" arge Leibschmerzen bekam, sei es, daß er zu tief in den Schlafrock schlüpfte und sich unentrinnbar darein verwickelte — genug — der männliche Semper erreichte gar bald die Sprossen auf der Ruhmesleiter, die schon manchen teutschen Dichterling und „Revolutionär" in Schwindel brachten. Otto Ernst bekam einen braven Untertanenbuckel, worauf die fürstliche Gnadensonne ihre letzten Strahlen warf. Dann aber wurde es schlimm. Semper der Beschienene fraß sich selbst; er verschluckte gleichsam Stück für Stück vom jungen und männlichen Semper. Wie furchtbar hat doch der Krieg auch in Otto Ernst gewütet! Ein grimmiger Hagen in Fitzpantoffeln erwachte in ihm und mit grausigem Appetit verspeiste er täglich so und so viele „Erbfeinde" und Inselbewohner. Zum Nachtisch aber holte er sich einen großen Kuchen aus der annexionistischen Bäckerei .... So wurde Semper zur Mumie. Wer aber über diese grandiose Entwicklung mehr erfahren will, der lese das bissige Büchelchen darüber: „Semper, die Mumie." Ein Rückblicksroman von Johannes Wüsten, erschienen im Konrad Hanf Verlag zu Hamburg. Das Mitleid mit der düsteren Tragödie des Titelträgers ist allgemein.

L.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0005

Steuerabzug vom Arbeitslohn. Nach § 45a der Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz vom 24. März 1921 (RGBl. Nr. 34) sind vom 1. April 1921 ab den ständig beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 Proz. des Betrages einzubehalten, um den der auszuzahlende Arbeitslohn 4 M., 24 M. oder 100 M. bei täglicher, wöchentlicher oder monatlicher Berechnung des Arbeitslohnes übersteigt und wonach der gleiche Betrag für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers abzugsfrei zu belassen ist. Es sind demnach für einen verheirateten Arbeitnehmer und seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau insgesamt abzugsfrei zu belassen: a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen zweimal 4 = 8 M., b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen zweimal 24 = 48 M., c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten zweimal 100 = 200 Mark.

Die Sperrzeit von 11 Uhr abends bis morgens 4 Uhr wird, wie uns die Polizeiverwaltung mitteilt, immer noch zu wenig beachtet. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß jeder, der sich während dieser Zeit auf die Straße begibt, ohne einen Ausweis zu besitzen, in die Gefahr kommt, verhaftet und bestraft zu werden.

Der Inhaber der Schwindelfirma Pfeiffer verhaftet. Auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei ist in Hamburg der von hier flüchtig gewordene Kaufmann Hans Karl Pfeiffer festgenommen worden. Pfeiffer betrieb hier in der Gr. Ulrichstraße ein Agenturgeschäft, das er in mühelosser Weise sehr einträglich zu gestalten wußte, indem er bei einer Reihe auswärtiger Firmen Waren aller Art, wie Felle, Treibriemen, Ulster, Aluminiumartikel usw. bezog, die er dann zu Schleuderpreisen an den Mann brachte, ohne einen Lieferanten irgendwelche Zahlungen zu leisten. Die betroffenen Firmen sind um namhafte Beträge geschädigt. Durch eingehende Ermittelungen ist es gelungen, den Aufenthalt des Schwindlers in Hamburg festzustellen, wo seine Festnahme erfolgen konnte.

Zum Einbruch in das Weimarer Staatsmuseum schreibt uns die Polizei: In der Nacht vom 9. zum 10. April 1921 ist im Staatsmuseum zu Weimar ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden, bei welchem die Diebe vier wertvolle Oelgemälde entwendet haben. Gestohlen sind: 1 Rembrandt-Selbstbildnis, 1 Netscher Bildnis eines jungen Fürsten im Harnisch, 1 Terbosch, Gerard darstellend, männliches Bildnis mit Hut und Handschuh und 1 Tischbein, einen Knaben darstellend. Auf Wiedererlangung der Gemälde und Ermittlung der Diebe ist eine Belohnung bis zu 100 000 Mark ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei auf Zimmer 78 entgegen.

Provinzialmuseum. Jahresaufspiel; Lenz, Ostern. Wiederholung: Montag den 18. April, 3½ Uhr. Eintritt 4 Mark (numerierter Platz), 2 M., 1 M. Nachmittags 5½ Uhr: Eintritt 2 M. und 1 M.

Landesverein für Vorgeschichte. Montag, den 18. April, 8½ Uhr abends, im Hörsaal des Provinzialmuseums: Dr. Schulz über frühgeschichtliche Zeit. Vorher Geschäftssitzung. Eintritt für Mitglieder des Vereins frei, sonst 1 Mark.

Stadttheater. Heute Montag, abends 7 Uhr, wird die Oper „Martha" gegeben. Dienstag, abends 7 Uhr, „Hamlet", Mittwoch, abends 6½ Uhr, „Lohengrin", Donnerstag „Hamlet", Freitag „Undine", Sonnabend „Wenn Liebe erwacht". Der Andrang zur gestrigen Nachmittagsvorstellung „Rotkäppchen war so stark, daß Viele umkehren mußten, ohne Karten bekommen zu haben. Infolgedessen hat sich die Leitung des Stadttheaters entschlossen, das Kindermärchen-Lustspiel am kommenden Sonntag nachmittag zum Besten der Kinderhilfe zu wiederholen. Sonntag abend geht „Salome" von Richard Strauß in Szene.

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta). Anfang 7 Uhr. Spieltage: K: Montag, den 18., L: und A: Mittwoch, den 20. April.

Joan Manen-Konzert. Der in Deutschland so gefeierte spanische Geiger bringt in seinem Dienstag-Konzert („Thalialsaal") neben Werken von Paganini, Nardini und Sarasate das G-Moll-Konzert von Bruch und (für Violine allein) Sarabande und Double von J. S. Bach. Am Klavier sitzt die Spanierin Pura Lago. Manen wurde kürzlich in der Berliner Philharmonie von der Presse als „zweiter, moderner Paganini" bezeichnet. Sein süßer, schöner Ton und seine stupende Technik schlägt alles in Bann. — Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade.

Paul Bender Lieder- und Balladenabend. Der auch hier in Halle so außerordentlich beliebte Münchener Kammersänger singt Donnerstag, den 28. April, im Thaliasaal. Man versorge sich rechtzeitig mit Karten bei Reinhold Koch.

„Der Mann ohne Namen", der im U. T. Alte Promenade in einer zweiten Fortsetzung auftritt, zeigt wieder seine unheimlichsten Künste. Es ist erstaunlich, was dieser Abenteurer aller Abenteuer rein physisch zuwege bringt und doch immer bei glänzender Gesundheit bleibt. Recht belustigende Szenen bringt der zweite Teil und auch viele prächtige Bilder von Gebäuden und Landschaften. Darin liegt der Wert dieses Films. Die Filmkunst sollte überhaupt mehr ihre Aufgabe in der Wiedergabe von Aufnahmen fremder Länder und Völker erblicken. Dem Kaiser der Sahara, wie sich die jetzige Filmserie nennt, geht eine Groteske „Alles um Höflichkeit" voran. Eine weitere Beschränkung in der Ausdehnung wäre hier am Platze und würde eine größere Wirkung hervorbringen. Die breite Ausspinnung ermüdet und verwässert die Groteske.

Provinz und Umgegend.

Schlußsitzung des Provinziallandtages.

Kleine Vorlagen — Bürgschaftsübernahme für die Siedlungsgesellschaft „Sachsen" — Ausbau der Salzwedeler Kleinbahn — Der unabhängige Abg. Hennig-Halle predigt Liebe zur Demokratie.

Die letzte Sitzung des Landtags am Sonnabend brachte als Punkt von Bedeutung nur die Debatte über die Erweiterung der Rechte der Provinzen. Der Saal zeigte oft gähnende Leere. Es erweckte fast den Anschein, als wäre die Zahlung der Tagegelder das einzigste Band, das die Abgeordneten noch hielte. Bemerkenswert ist höchstens die Rede des Abg. Hennig (U. S.), der sich scheinbar endlich endgültig (?) auf den Boden der Demokratie stellt und gesonnen ist, Vernunftpolitik zu treiben. Die Zukunft wird lehren, ob es ihm ernst ist. Vorläufig zweifeln wir noch stark daran.

Sitzungsbericht.

Gegen ½10 Uhr eröffnet der Vorsitzende Gen. Beims die Sitzung.

Es liegt dem Hause ein Antrag des Abg. Tominski (Kom.) und Genossen vor, mit dem Ersuchen um bessere Verpflegung der politischen Gefangenen. Die Dringlichkeit des Antrages wird einstimmig beschlossen. Gen. Bergemann schlägt vor, anstatt bessere Verpflegung, ausreichende zu setzen. Der Antrag wird demgemäß umgeändert und dann einstimmig angenommen.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung betreffend Bericht des Haushaltsausschusses über den Antrag auf Festsetzung der Tagegelder für die Abgeordneten, erstattet Gen. Weber Bericht. Die Tagegelder werden von 50 M. im Vorjahre auf 60 M. erhöht. Der Ausfall an Tagesverdienst wird gegen Vorlage der Unterlagen bis zur Höhe von 60 M. gewährt.

Abg. Trittel (Dem.) beantragt, die Tagegelder im Verhältnis zum Vorjahre um 50 Prozent auf 75 M. zu erhöhen, da die Auslagen derartig hoch seien, daß ein Austommen unmöglich sei.

Abg. Liebrecht (Z.n.) wendet sich gegen diesen Antrag mit der Begründung, man könne austommen, da ja die Lebensmittel seit dem vorigen Jahre nicht gestiegen seien, sondern gefallen. (Stimmt nicht!)

Gen. Weise tritt für den Antrag Trittel ein. Vor dem Krieg, als die Deutschnationalen allein waren, haben sie sich 15 M. Tagegelder bewilligt. Der Geldentwertung entsprechend, müßte diese Summe verzehnfacht werden. Man verzichte jedoch darauf und fordere nur das fünffache. Wenn die Aufbauparteien (?) gegen den Antrag Trittel stimme, so wäre das ein Hohn, da sie doch dem Leiter der Friedrichrodaer Kommission der Reichsgetreidestelle fur dreistündige Tagesarbeitszeit 350 M. bewilligt habe (Lärm.) (Schöner Aufbau. D. Ber.)

Der Antrag Trittel wird gegen die Rechte angenommen.

Zum Bericht des Kleinbahnausschusses über die Provinzialausschuß-Vorlage betreffend Beteiligung des Provinzialverbandes an dem Bau von nebenbahnähnlichen Kleinbahnen und Ueberlandbahnen, sowie an der Unterstützung notleidender Kleinbahnen durch Gewährung von Darlehen, ergreift der Berichterstatter Abg. von Engelbrechten-Ilow (Dn.) das Wort. Er schildert die Schwierigkeiten der Kleinbahnen, die den Ausschuß bewogen haben, für die Zuendeführung des Baues von 5 Bahnen 4 Mill. M. zu bewilligen, desgleichen empfiehlt der Ausschuß, dem Antrag der Jerichow-Gardelegener Bahn, um Gewährung von 3,5 Mill. M. anzunehmen. Ferner soll der Langensalzaer 10 Mill. M. gewährt werden.

Zum Antrag der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner auf Zurücknahme der Kündigung des Betriebsleiters Fuhrmann teilt er mit, daß die Kommission nicht zuständig sei. Im übrigen sei dem Fuhrmann kein Unrecht geschehen.

Weiter schlägt der Berichterstatter vor, die Bürgschaft für die Siedlungsgesellschaft „Sachsen" in Höhe von 1 Mill. Mark zu übernehmen. Das Elektrizitäts- und Kleinbahnwesen ist bisher in einem Dezernat vereinigt gewesen. Es soll nunmehr ein zweites für das Kleinbahnwesen eingerichtet werden. Und zwar schlägt der Berichterstatter vor, diesen sofort zu wählen.

Gen. Stolberg hält das Dezernat nicht für notwendig. Er ermahnt zur Sparsamkeit. Vor allen Dingen ist er gegen sofortige Besetzung. Er schlägt vor, zu warten, bis der neue Landeshauptmann zugegen ist.

Der Landeshauptmann v. Wilmowski hält sofortige Wahl für notwendig.

Abg. Lohmeyer (D. Vp.) tritt desgleichen für sofortige Wahl ein.

Abg. v. Krause (Dem.) fordert die Wahl vom Provinzialausschuß, sobald der neue Landeshauptmann sein Amt angetreten habe.

Abg. Dieckmann (U. S.) berichtet, daß der Ausschuß dem Antrag Dr. Heine (Dn.) auf Ausdehnung des Kleinbahnhilfswerkes auf Nebenbahnen wegen der schlechten Finanzlage nicht stattgeben könne.

Ueber den Umbau der Salzwedeler Kleinbahn in eine Vollspurbahn berichtet der Abg. Lampe (D. Vp.), daß die Kommission vorschlage, den Antrag zu genehmigen.

Es wird nunmehr über die einzelnen Punkte abgestimmt. Die Erhöhung des Kleinbahnzuschusses um 4½ Mill. wird einstimmig angenommen.

Die Stelle des Landesbaurates wird nicht sofort besetzt. Die Wahl erfolgt vom Provinzialausschuß.

Die Bürgschaft von 1 Million wird angenommen.

Der Antrag der Nebenbahnen wird abgelehnt.

Der Ausbau der Salzwedeler Kleinbahn wird beschlossen.

Abg. Lohmeyer (D. Vp.) berichtet, daß die Stelle eines Landesrates für Kriegsfürsorgewesen besetzt werden müsse. Er schlägt Bauerschmidt vor. Der Vorschlag wird angenommen.

Es folgen sodann die Berichte der Abgg. Koedlin (Dem.), Wienrich (D. Vp.) und Schmidt (Z.n.) über die Prüfung der Wahlergebnisse der Provinziallandtagswahl.

Im Regierungsbezirk Magdeburg ist gegen die Wahl nichts einzuwenden. Im Bezirk Merseburg sind zwei Proteste erhoben worden, die jedoch als unbegründet zurückgewiesen wurden. Desgleichen der Einspruch der USPD. im Bezirk Erfurt.

Der Antrag, die Staatsregierung möge die Fürsorge für psychopathische Kinder landesgesetzlich regeln, wird angenommen.

Abg. Löffler (U. S.) berichtet, daß sich ein Verein zur Unterstützung psychopathischer Kinder gebildet habe, der um einmalige Unterstützung von 10 000 Mk. bitte. Die Unterstützung wird gewährt.

Abg. Fricke (D. Vp.) berichtet, daß die Etatüberschreitungen für 1919 geprüft seien und ersucht um Entlastung die gewährt wird.

Gen. Böttcher teilt mit, daß die dem Rechnungsausschuß des 32. Provinziallandtag überwiesenen Rechnungen geprüft seien und empfiehlt Entlastung, die erteilt wird.

Das Haus tritt in eine kurze Pause ein.

Sodann erstattet Abg. Dr. Rive (Dn.) Bericht über den Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen. Den Provinzen sind durch den Artikel 72 der preußischen Verfassung außer den Selbstverwaltungsangelegenheiten auch Auftragsangelegenheiten übergeben. Die Selbstverwaltungsangelegenheiten sind in Gesetzgebung und Verwaltung ausschließlich Provinzangelegenheiten geworden. Die Verantwortlichkeit der Staatsminister fällt weg. Die Aufgaben der Regierungs- und Oberpräsidenten sollen später auf die Landesverwaltung übergehen. In der Uebergangszeit sollen diese Beamten vom Provinzialausschuß gewählt werden. Der Staat will der Provinz dafür erhöhte Geldzuschüsse gewähren. Der Entwurf ist mit politischen Tendenzen verquickt. Der Redner wendet sich gegen diese Dezentralisation. Er fürchte Lockerung des Staatswesens und man erreiche das Gegenteil dessen was man wolle, nämlich die Abbröckelung der Provinzen zu hindern. Die Bestimmnisse des Staates würden schließlich so gering, daß er der Loyalsten Nachtwächterdienste nachkomme. Der Redner fürchtet Partikularismus. Außerdem könne die Provinz diese Selbstverwaltungsaufgaben nicht ausfüllen, da ihr die dauernde Bereitschaft der Organe fehle. Durch den Entwurf würde die Selbstverwaltung der Städte zerstört. Der Redner ist der Ansicht, daß das Ende der Reform Auflösung des Staatsganzen bedeute. Ein Gutachten zu geben hält er für ausgeschlossen. Man müsse erst auf das Erscheinen der Landgemeindeordnung usw. warten.

Der Vorsitzende teilt mit, daß der neue Landeshauptmann Oeser anwesend sei, um sich dem Landtag vorzustellen. Der Vorsitzende begrüßt ihn mit dem Wunsche, daß seine Tätigkeit eine segensreiche für die Provinz sein möge.

Sodann ergreift der Abg. Hennig (U. S.) zu obigem Punkte das Wort. Er stellt sich auf den Standpunkt des Abg. Dr. Rive (Dn.), daß ein Gutachten über den Gesetzentwurf zur Zeit unmöglich sei. Die Provinz, wie sie heute sei, könne nie Träger weiterer Selbstverwaltungsaufgaben sein; da sie kein einheitliches Ganze bilde, sondern willkürlich, meist aus dynastischen Interessen gebildet sei. Auch er fordert eine stark organisierte Zentralgewalt, da sonst leicht ein Kampf der Provinzen gegen den Staat einsetzen könne. Die Regierung habe diesen Entwurf herausgegeben, um die Provinzen an sich zu ziehen, da ja das alte Preußen diese nur äußerlich erobert habe. Die angestrebte Verjüngung erscheint jedoch zweifelhaft, da der Zusammenhang des Einzelnen und der Provinz sehr locker. Der Redner wünscht daher Erweiterung der Rechte der Städte. Man solle wenigstens die Rechte der Provinz vorsichtig ausbauen, damit die Städte keinen Schaden haben. Er wünscht durch Selbstverwaltung das Volk zur Demokratie zu erziehen, zur Liebe zur demokratischen Verfassung, damit die monarchistischen Bestrebungen nicht über den Kopf wachsen. Vor allen Dingen soll Liebe zum Einheitsstaat geweckt werden. Der Redner wünscht Vereinigung aller Deutschsprechenden, sogar unter weiter Hinausschiebung der Landesgrenzen. (Bravo.) Als Grundlage des Einheitsstaates sollen Wirtschaftsprovinzen dienen. Der Redner wünscht Durchführung der vollständigen Demokratie, damit das Glück aller herbeigeführt werde. (Bravo, Händeklatschen.)

Die Anträge der beiden Redner werden angenommen.

Zum Punkt 10 der Tagesordnung, betreffend Bewilligung von 60 000 M. für das Provinzialinstitut für praktische Psychologie referiert Gen. Thiele. Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Petition des Pflegers Voigtländer um Pension wird gleichfalls dem Ausschuß überwiesen, desgleichen die Petition der Frau Vormann. Die Beschwerde des Jugendpflegers Helmholdt über schlechte Verpflegung der Zöglinge des Lehrlingsheims Wittenberg hat sich als unberechtigt herausgestellt.

Zum Punkt 12 der Tagesordnung (Feuersozietät) wird Entlastung erteilt.

Antrag Dr. Zehle (D. Vp.) auf Erhöhung der Beihilfe für die Pfeiffersche Anstalten wird dem Ausschuß überwiesen.

1,40 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Klassenkampf und Bürgerkrieg.

Merseburg, den 14. März

Der Ortsverein Merseburg hielt am Mittwoch, den 13. 4. im Ortsverein Merseburg hielt am Mittwoch, den 13. April im Casino eine öffentliche Versamlung ab, in der Genosse Krüger (Merseburg) über Klassenkampf und Bürgerkrieg referierte. Genosse Rininger eröffnete im überfüllten Saale die Versammlung. Gen. Krüger begann sein Referat mit folgenden vortrefflichen Worten: Mit tiefer Trauer müssen wir heute Stellung nehmen zu einem Vorgange, der innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, soweit sie gewerkschaftlicher Art sein soll, nicht zu dem Ruhmesblatte der Arbeiterbewegung zu rechnen ist. Hoffentlich haben alle, die diesen Wahnsinn mit erlebt haben und selbst Leidtragende sind, ihre politische Naivität abgelegt. Zu den Vorgängen in Mitteldeutschland auf die Bekanntmachung des Oberregierungspräsidenten Hörsing übergehend, betonte der Referent, daß sich dieser Aufruf mit daranschließender Aktion nicht gegen die breiten Schichten der mitteldeutschen Arbeiterschaft richtete, sondern darauf hinausging, über 1500 unangemeldete Ausländer namhaft zu machen, und sie im Interesse der Arbeitslosen Mitteldeutschlands auszuweisen. Auf der anderen Seite war diese Maßnahme notwendig, da täglich bis 40 Kg. Dynamit gestohlen worden sind. Dynamit stiehlt man nicht als Brotaufstrich. Wer sich mit Dynamit bereichert, gehört nicht zu den wohlwollenden Beratern des werktätigen Volkes. Weiter wurde bekannt, daß innerhalb des mitteldeutschen Industriegebietes große Waffenlager vorhanden sind, nicht nur bei den Linksparteien, sondern auch bei der Orgesch. Es war Pflicht, die Waffenlager zu beseitigen. Nun wäre die Polizei-Aktion schon vor Ostern erledigt gewesen, wenn nicht Leute gesagt hätten: Die Arbeitervertreter Hörsing, Severing, die die Orgesch unterstützen, sind auf dem Wege des mitteldeutsche Proletariat abzuschlachten. So zu lesen im „Klassenkampf": Auf zum Kampf! Greift zu den Waffen! In der nächsten Ausgabe stand zu lesen: Ordonnanzen laufen durch die Straßen, Zeitfreiwillige und Studenten laufen im Stahlhelm herum. In dieser Form putschte man die Arbeiter auf. Es ist uns aber bekannt, daß namhafte Putschisten ausgekniffen sind. Die Hauptschuld an dem Putsch haben die Mitglieder der VKPD., die sich später von der KAPD. ins Schlepptau nehmen ließ, d. h. vor dem Putsch. Nach dem Putsch steht es anders aus. Auch dieses Mal hörten wir wieder Generalstreik. Wir wissen, daß der Generalstreik das letzte Kampfmittel der arbeitenden Bevölkerung ist. Wenn man aber mit dieser Waffe dauernd Schindluder treibt, dann wird die Waffe stumpf, und wird nur ein Schlagwort, dem nur ein geringer Prozentsatz folgt. Ist das Aufbau? Wie in Rußland, erst zertrümmern, dann aufbauen. Die Methode der Apostel Josef Schneider, Lemck, Bowtzitt, Schneider führt zum Ruin! Der Referent schilderte den Lebenslauf Josef Schneiders, der in einem Priesterseminar als Seminarist seine Anlage für den Kommunismus entdeckt hatte. Aber fest steht: Schneider war alles andere, nur nicht Sozialist. Referent geht dann auf die Vorgänge in Eisleben, Gräbers und Ammendorf ein. Alle Sprengungen von Bahnhöfen, Gebäuden, müssen wir bezahlen, weil einige Phantasten es für notwendig hielten, Heilkuren vorzunehmen. Dabei glauben nun diese Phantasten, das deutsche Wirtschaftsleben still legen zu können, wenn man mehrere Gebäude sprengte. Wehe uns, wenn das die Führer der deutschen Volkswirtschaft sein sollen. Redner schilderte dann die Einnahme des Leunawerkes. Kempin ist in Ammer Sicher. Da auf einmal der Zuruf vorn: „Spitzel!" Auf diesen Zwischenruf eingehend, verliest der Referent den Aufruf des Klassenkampf, das neue Flugblatt der VKPD. nach dem Putsch. Sind denn Bowitzki, Schneider, Scheibner usw. all die führenden Gernegroße, auch Spitzel?! Leider bleibt der Zwischenruser die Antwort auf diese Frage schuldig. Der Putsch ist vorüber. Eine große Anzahl Gefangener, zum Teil schuldig und unschuldig wird den Sondergerichten zugeführt. Wir Sozialdemokraten sind gegen diese Sondergerichte, weil die Richter nicht die Gewähr bieten, daß das Strafverfahren richtig durchgeführt wird. Weiter sehen wir schon daß die Reaktion in das Horn des Traufgängertums tutet. Große Schauermärchen, so von Liebenwerda, werden in die Stinnespresse lanziert. Es hat nicht genug Tote gegeben, nicht genug Bruderblut ist geflossen. Deshalb hegt man gegen Severing. Wir lesen von der schlappen preußischen Regierung. Die Handlangerdienste der Kommunisten für die Reaktion treten immer deutlicher zu Tage. Mit den Feststellungen, daß von Sowjetrußland kein Heil zu erwarten sei, beendete Gen. Krüger seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Als erster Diskussionsredner meldete sich ein gewisser Ludwig, der sich ein Kauderwelsch verzapfte, daß alle Anwesenden zur Annahme kamen, daß der Arme durch den Krieg gestiften hat. Als zweiter Diskussionsredner meldete sich ein Kommunist Sachse zu Wort, welcher bekannt gibt, nicht zu den Grünschnäbeln zu gehören die Genosse Krüger charakterisierte. Auch gab er zu, nicht mit den Aufmachungen der Roten Fahne zufrieden zu sein. Er beruft sich auf Marx, welcher erklärt, daß der erste Schritt sein muß, die Waffen den Händen der Soldaten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0006

entwinden. Als er hierfür ein paar derbe Zwischenrufe erhält, auf sozialistische Erziehung hinweist, muß er sich belehren lassen, daß wir im Wahlkampfe eine Kostprobe der kommunistischen Erziehung in vielen Fällen am eigenen Körper zu verspüren bekommen haben. Der Vorsitzende, Genosse Kininger, stellte fest, daß unter dem Namen Sachse eben wieder ein auswärtiger Apostel der Bekehrung der Merseburger Arbeiterschaft gesprochen hat. Genosse Bergemann als weiterer Diskussionsredner, welcher der Erfüllung seiner Pflicht auf dem Landtage in Merseburg weilt, arbeitet sich etwas weiter auf dem Gebiete des Sozialismus. Seine Ausführungen lohnt reicher Beifall. Sehr stark rechnete Genosse Lebbin von Bitterfeld mit den Kommunisten ab. Auch dort hat es einen kommunistischen Parteisekretär Kulinski gegeben, der trotz seines bewegten Lebens bei der VKPD. Unterschlupf gefunden hatte. Auch dort herrschte der kommunistische Terror. Und zum Dank dafür, daß man den Streik nicht durchführen konnte, wurde der kommunistische Parteisekretär Bormann seines Amtes entboten. Gegen 11 Uhr erhielt Genosse Krüger das Schlußwort. Mit großen Bedauern wurde festgestellt, daß der kommunistische Diskussionsredner „Sachse" ausgelnissen war. Wie nennt man kommunistisch einen Mann der kneift? Antwort: Strategen (Wilhelm II.) und sozialistisch? . . . Genosse Krüger erpflückte sämtliche angeführten Argumente des Herrn Sachse. Es gibt überall Leute, die über die Schnur schlagen und wo gehobelt wird, fallen Späne, was ja auch die Photographien von Gröbers nachweisen. Beides verurteilen wir. Aber ein Volk, das denken will, muß nicht nur glatt von diesen Aktionen abrücken, sondern wirken, wir haben unser Kostbarstes, was wir besitzen, unsere Freiheit, zu erhalten zum Wohle der deutschen Arbeiter, zum Wohl der deutschen Republik. (Lebender Beifall.)

Die Arbeitsmarktlage im Monat März 1921

hat sich gegenüber dem Vormonat, besonders durch die Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland und die Londoner Verhandlungen, weiter verschlechtert. Trotzdem ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen zurückgegangen. Sie betrug Ende des Monats 6891 gegen 7730 und verteilt sich folgendermaßen: Magdeburg 4906 (5565), Merseburg 512 (558), Erfurt 1215 (1375), Anhalt 258 (232) Arbeitskräfte konnten noch in der Landwirtschaft und im Baugewerbe Aufnahme finden. Die Krisis im Bergbau hat sich noch weiter verschärft. Auch bei der chemischen Industrie ist die Meldung offener Stellen stark zurückgegangen. Günstiger ist die Lage geworden im Bekleidungsgewerbe und im Baugewerbe, während sie sich im Handelsgewerbe nach wie vor verschlechterte. Die Lehrstellenvermittlung bewegte sich in normalen Bahnen. Bei dem ungenügenden Bekleidungsbestande sind die jungen Leute in erhöhtem Maße von der häuslichen Fürsorge abhängig.

Aufruf über Pflegekinder.

Bitter hart ist die Not der Zeit. Unzählige Wunden hat der Krieg geschlagen. Aber trotz dieser Not dürfen wir die Unglücklichsten und Verstoßendsten nicht vergessen, die unehelichen Kinder. Wie liebles, ja geradezu unmenschlich werden oft die Kleinen behandelt! Sowohl von der eigenen Mutter als in Pflegestellen. In welch harter Weise wird mit ihnen verfahren! Kein Bissen Brot wird ihnen gegönnt; mit dem Notdürftigsten nur sind sie bekleidet.

Verstoßen und verachtet! Kein Heim und keiner Mutter liebende Fürsorge. Ein trauriges Los! Andere Kinder spielen sehen in sonnigen Kinderland und selbst mit verlangenden Augen am Gitter stehen müssen! So werden sie benachteiligt, verbittert!

Und sie selbst sind doch unschuldig. Was können die Kleinen dafür, daß sie da sind?

So wenden wir uns an alle mit der Bitte:

Helft dieser Not steuern! Helft den unschuldigen, verstoßenen Kindern, helft den unglücklichen Müttern!

Und wir können Retter sein, wenn wir nur wollen! Gibt es doch zahlreiche Familien, die gern bereit wären, ein Kind in Pflege zu nehmen. Sehnt sich doch manche Mutter danach, für ihr verstorbenes, einziges Kind ein anderes aufzuziehen.

Nennt uns solche Stellen! Sucht und haltet Umschau! Nennt uns aber auch diejenigen Pflegekinder, welche in bedrängten und menschenunwürdigen Verhältnissen leben. Es gibt deren so viele, namentlich in den Industrieorten.

Helft dieses Elend beseitigen! Wir können so viel Kindelleid und Mutterjorge in Glück verwandeln, können so viele Verbrechen an der Kinderseele und dem Körper verhüten. Nur eins gehört dazu, um dieses Unglücklichen eine frohe Kindheit zu bereiten: ein guter Wille.

Und so hoffen wir denn bestimmt, daß sich viele Familien bei uns melden werden, die bereit sind, solch ein Kind in gute, liebvolle Pflege zu nehmen, auf daß diese Not mit kräftiger Hand abgestellt werden kann.

Meldungen werden an das Kreiswohlfahrtsamt in Bitterfeld, Lindenstraße 7b, Zimmer 17 erbeten.

Bitterfeld, den 14. April 1921.

Der Kreisausschuß. (Kreiswohlfahrtsamt.)
Stammer, Landrat.

Ammendorf. Der Gemeindevorsteher, über dessen Austritt aus der VKPD. wir berichteten, legt Wert darauf festzustellen, daß er nicht Vorsitzender dieser Partei war. Sein Austritt erfolgte bereits, wie uns von ihm mitgeteilt wird, vor Ostern.

Weißenfels. Stadtverordnetensitzung. Stadtverordnetenvorsteher Lüders eröffnete die Sitzung und verlas zunächst einige Erklärungen der sozialdemokratischen Fraktion, die dem Stadtkämmerer, Stadtrat König (Kom.), sowie dem Stadtverordnetenvorsteher Lüders das Vertrauen aussprachen auf Grund der Vorgänge während des Putschtage zu Ostern. Ferner gelangte eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Verlesung, die ihre schärfste Mißbilligung darüber ausdrückt, daß in den Regiebetrieben der Stadt aus politischen Gründen gestreikt wurde. Durch den Streik sei der Gedanke der Kommunalisierung diskreditiert worden. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um solche Vorkommnisse in Zukunft unmöglich zu machen? Weiter wünschte noch eine Abordnung der Arbeitslosen von der Stadtverordnetenversammlung gehört zu werden, was jedoch abgelehnt wurde. Zu der Erklärung der Sozialdemokratischen Partei erwiderte Oberbürgermeister Daehn, daß Regiearbeit nur gedeihen könnte, wenn Ordnung darin herrsche. Aber durch den Streik sei besonders an den schönsten Teil unserer Regiebetriebe, das Elektrizitätswerk, der erste, aber kräftigste Axthieb gelegt worden. Auf den Abwegen, auf die wir geraten seien, könne nicht weiter geschritten werden, und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Regiearbeit in gesunde Bahnen zu lenken. Der Magistrat könne keine Maßnahmen ergreifen, sondern von seiten der Staatsregierung würde man eingreifen. Maßregelungen gedenke der Magistrat nicht vorzunehmen, jedoch wolle er die Betriebe in gesunder Weise weiterführen und alles ungesunde müsse ausgemerzt werden. Die Autorität müsse gewahrt werden. Eine weitere eingegangene Erklärung der bürgerlichen Fraktion forderte vom Magistrat eine Feststellung der am Streik schuldigen Personen. Oberbürgermeister Daehn erklärte, daß die Abordnung der indd. Arbeiter ihm gesagt hätte, das Elektrizitätswerk wurde lediglich mit Rücksicht auf die eventl. Gefahren für das Werk selbst stillgelegt. Man befürchtete bei der herrschenden Erregung folgenschwere Zerstörungen der Anlagen durch unbesonnene Elemente. In der Diskussion führte Stadtv. Voigt (Kom.) aus, daß die Notstandsarbeiten in allen Betrieben der Stadt ausgeführt worden wären und der Druck zum Streik nirgends erfolgt sei. (?) Die Arbeiter hätten ich lediglich mit den Leunaarbeitern solidarisch erklärt. Stadtv. Hauer erklärt, daß die Regiearbeiter stets gewillt gewesen seien, zum Nutzen der Stadt zu arbeiten, der Betriebsrat habe es sich ebenfalls zur Aufgabe gemacht, Leute, die schlecht arbeiteten, auszumerzen. Stadtrat Kiesel stellt fest, daß man dem Betriebsrat seine Rechte nicht beschneiden wolle, aber daß er sich anmaße, in den städtischen Betrieben allein das Regiment zu führen, könne auf keinen Fall gebilligt werden. Weitere kommunistische Redner ergingen sich im Schimpfen auf die SPD., nur eine interessante Freistellung machte der Stadtv. Gieseler, indem er zum Ausdruck brachte, daß seine Partei nicht alles unterschreibe, was während des Putsches getan wurde. (Wie kneifen. D. R.) Es sei ein Fehler gewesen in jetziger Zeit mit der Waffe in der Hand die Erringung der politischen Macht zu verwirklichen (?) Genosse Gärtner drückt seine Freude aus, daß Oberbürgermeister Daehn erklärt habe, Maßnahmen seitens des Magistrats zu treffen, die ähnliche Vorkommnisse verhindern. Die sozialdemokratische Fraktion habe die Verpflichtung übernommen, daß die kommunalen Betriebe nicht in Mißkredit gebracht werden, und fordere solche Maßnahmen. Im übrigen sprach er die Erwartung aus, daß in den Regiebetrieben an leitende Stellen (Aufseher) usw.) Personen gesetzt würden, die das unbedingt nötige Verantwortungsgefühl hätten. Die Mißtrauensfundgebung gegen Stadtverordetenvorsteher Lüders fand durch eingehende Erklärung seitens des Magistrats ihre Erledigung dahin, daß ihm das Vertrauen nicht abgesprochen wurde. Zur Interpellation gegen Stadtv. König gab Stadtv. Seifert I die Begründung. König genieße nicht das Vertrauen der sozialdemokratischen Fraktion. Er habe seinen Posten während der Putschtage verlassen und sei verreist gewesen, deshalb müsse ihm der Vorwurf der Feigheit gemacht werden. Magistratsbeschlüsse seien ihm (König) außerhalb des Magistrats, nicht bindend. Außerdem sei er als Mitglied einer Partei, die die Verfassung stürzen wolle, nicht geeignet, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Stadtv. König verwahrte sich gegen den Vorwurf der Feigheit, er sei mit Zustimmung seiner Partei und des Oberbürgermeisters verreist, zur Regelung einer Familienangelegenheit. Seine Partei wolle für ihre Mitglieder in öffentlichen Aemtern keine Extrawurst und er leiste seine Arbeit auch nach den gegebenen Gesetzen. (Wo bleibt der Moskauer Befehl? D. R.) Die Abstimmung ergab dann mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten eine Mehrheit, die dem Stadtrat König ihr Mißtrauen kundgab. — Gegen 9 Uhr trat man endlich in die Tagesordnung ein. Da meist nur Bewilligungen von Mitteln zu baulichen Veränderungen und Ueberschreitung einiger Abschnitte des Haushaltsplanes zur Beratung standen, kam man sehr schnell vorwärts. Für die Herausgabe von Notgeld wurden 90 000 Mk. bewilligt. Der Magistrat gedenkt damit für die Stadt einen Gewinn von ca. 400 000 Mk. zu erzielen.

Oberröblingen a. See. Volksversammlung. Am 10. April fand hier eine von der SPD. einberufene öffentliche Versammlung statt. Genosse Breuer (Berlin) sprach über die Lage in Mitteldeutschland. In seinen beifällig aufgenommenen Ausführungen gab er zugleich ein Bild von der innen- und außenpolitischen Lage. Der Genosse Ebel (Halle) unterstützte diese Ausführungen und wies darauf hin, daß im Mansfelder Land nur durch die Verhetzung der kommunistischen Presse die unsinnige Aktion eine solche Ausdehnung annehmen konnte. Er forderte die Anwesenden auf, die Presse zu lesen, welche einzig und allein für das Wohl und die Aufklärung der Arbeiterschaft eintritt: die „Volkstimme". Die Versammlung war für die Partei ein großer Erfolg.

Holzweißig. Die Klärung setzt ein. Vor gutbesuchter Versammlung sprach gestern abend Genosse Staatsrat Peus. In seinen markanten Ausführungen konnte der Referent auf treffende praktische Beispiele im Anhalt verweisen. Ausgehend von einer gemeinsamen Grundlage aller Arbeiterparteien, welche für Demokratie und Gesetz eintreten, gegen jede Gewalt sich wenden — kommt Referent auf die politische Konstellation in Anhalt und Preußen zu sprechen. Klar bereitet er, daß jede Spaltung der Arbeiter die Stärkung der Reaktion bedeutet. Darum Toleranz innerhalb der Arbeiterparteien. „Seid Brüder!" Auch unser bestes Wahlrecht kann uns zum Verderb werden — darum lernt richtig wählen. Nicht die Diktatur, sondern das gleiche Wahlrecht wird siegen. Nicht eine einzige Unterbrechung störte den Referenten in seinen Ausführungen, als er nun den Kommunisten in einfachen, packenden Worten ihre eigenen Thesen widerlegte. Auch die Gewaltanwendung verwarf er, da sie ja keine Werte schaffe. Dann ging Redner auf die Bitterfelder Vorgänge ein. Bei einer so bunt zusammengewürfelten Arbeiterschaft wie hier, ist es nach des Redners Meinung, nicht verwunderlich, daß auch Bitterfeld und Holzweißig sich an dem Aufstand beteiligt haben. Es müsse den Arbeitern mehr Bodenständigkeit verschafft werden, mehr Freude am Heim, an eigner Arbeit. Etwas muß er leiu Eigen nennen, aber der Mensch wird morden und brennen. Darum ist die Siedlungsfrage von der Sozialdemokratie aufs lebhafteste gefördert worden. Nur wer aufbauende Arbeit leistet, kann vom Volke gewählt werden. Darum ist es Pflicht eines jeden Proletariers, an sich selbst zu arbeiten — Selbsterziehung bis zur endgültigen Bildung von Resultaten! Wie schon jetzt sozialistische Politik in Anhalt getrieben wird, zeigte der Referent an der neuen Grundwertsteuer, welche der Allgemeinheit (der arbeitenden Bevölkerung,) ein Recht an allem Grundbesitz verschafft. Darum ist das Gesetz ein gewaltiger Fortschritt für die arbeitende Bevölkerung. Die Wohnungsnot ist auch nur eine Folge der Unreife des Volkes, nur einig sein, und keine Schwätzer sondern Täter. Hinweg mit den Phrasen der Weltrevolution, hinweg mit Ideal Sowjet-Rußland. Dafür einen Glauben an die eigene Tat, nach Luther sagt der Referent soll ein jeder das glauben, was ihm sein Gewissen zu glauben eingibt. Keine Herdenmenschen — keine Sklaven. — Beifall belohnte den Referenten für seine so lehrreichen Ausführungen. Eine Aussprache fand nicht statt. Mag es ein Zeichen sein, daß auch in Holzweißig die Vernunft durchdringt. — Im Schlußwort forderte der Referent auf, keinen Terror zu begehen, auch keinen zu dulden. (Sehr richtig für einige Holzweißiger! Der Schreiber.) Nur einzig allein Mehrheitsbeschluß für alle Entscheidungen. Auch Horaz sagte schon: „Der Aufrechte findet seine Ruhe in sich selbst. — Wohl noch keine Versammlung seit der Revolution hat so erbebend gewirkt, und mögen noch Proletarier an die Diktatur Moskaus glauben — so sagen wir: ein Mensch kann nur aus sich selbst heraus frei werden, ein Volk, ein Staat und die Welt auch nur aus demselben Grunde. Darum lese die Presse, die diese Anschauung vertritt, die „Volkstimme". Darum schließt Euch, Ihr Leser, auch der S. P. D. an, die in schwieriger, doch sicherer Arbeit — den Sozialismus herbeiführt.

Holzweißig. Alle Leser von Agitationszeitungen der „Volkstimme", welche gewillt sind, die Zeitung zu abonnieren, werden gebeten, ihre Adresse dem Genossen Franz Krebs, Zichernsdorfer Straße, zu übermitteln.

Eckartsberga. Oeffentliche Versammlung. Am Mittwoch, den 13. April, fand im Ratskeller eine öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Winkler-Naumburg über den Putsch in Mitteldeutschland und seine Wirkung sprach. In ausführlicher Weise skizzierte er die Ereignisse von der verbrecherischen Verhetzung der Arbeiter durch die kommunistische Presse angefangen bis zu dem daraus entstandenen Wahnsinn im Bezirk Mansfeld, Leuna usw. Ferner beleuchtete er die Maßnahme der Polizeiaktion des Gen. Hörsing und die Bekämpfung des Putsches durch die Schupo und hob hervor, daß durch das einwandfreie Auftreten der letzteren der Aufstand mit verhältnismäßig geringen Opfern niedergeschlagen sei, was wiederum gegen den Strich der Reaktionäre gegangen ist, die übrigens von der ganzen Sache Vorteil haben. Unsere Aufgabe muß nun sein, das Schlimmste abzuwehren, was uns nur dann möglich ist, wenn wir die vielen, die in den Indifferentismus zu gleiten drohen, für unsere Partei gewinnen. In der Diskussion sprach ein Kommunist. Er warf dem Gen. Winkler vor, er sei über Leuna falsch unterrichtet, sagte von Kempin, daß er wahrscheinlich ein Spitzel der Reaktion sei, behauptete, Hörsing habe 16 000 Sipo nach Mitteldeutschland bringen wollen, die Grundschule würden wir vielleicht in 100 Jahren haben nach seiner Meinung, woran der sozialdemokratische Schulmeister (den Namen wußte er nicht) Schuld sei, und bedauerte, daß die sozialdemokratischen Reichsminister die Besetzung der Kaiserin in Deutschland nicht verhindert hätten. Ein Naumburger Genosse ergriff hierauf das Wort, stützte und ergänzte die Behauptungen Winklers über die Vorgänge in Leuna und sagte diesem Kommunisten noch manch derbe Wahrheiten. Nach einem Schlußwort schloß Gen. Hübsch die Versammlung.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die preußische Ernteschätzung. — Die Gefahren der extensiven Wirtschaft. — Ernteaussichten in Amerika. — Die Freigabe der Getreidewirtschaft in England und Frankreich. — Der Margarinetrust. — Der Rückgang in der Kohlenförderung. — Sozialisierung des Kalibergbaus. — Das Branntweinmonopol.

Das preußische statistische Landesamt veröffentlicht die Ergebnisse der preußischen Ernteschätzung für das Jahr 1920 und stellt diesen Ergebnissen Vergleiche aus dem Vorjahre und dem Jahr 1913 gegenüber. Leider haben wir es mit keiner einwandfreien Ermittelung zu tun, da bei allen Fruchtarten, die noch der Zwangsbewirtschaftung unterliegen, sowohl Anbaufläche wie Ertrag zu niedrig angegeben sind. Damit harmoniert, daß für diejenigen Erzeugnisse, die der Ablieferung nicht unterliegen, die Erträge pro Hektar gegen das Vorjahr gestiegen sind. Für Brotgetreide (Weizen, Spelz, Roggen) wird ein Ertrag von 4,8 Millionen Tonnen angegeben gegen 5,7 Millionen im Jahre 1919. Der Ertrag ist zurückgegangen für Winterweizen von 25,5 Doppelzentner pro Hektar im Jahre 1913 auf 18,2 Doppelzentner 1919 und 17,2 Doppelzentner im Jahre 1920. Bei Winterroggen gingen die Erträge in demselben Zeitraum zurück von 19,2 auf 13,9 und 11,2 Doppelzentner. Günstiger ist das Ergebnis bei Gerste, die einen Mehrertrag von 84 319 Tonnen bot, und Hafer, der mit einer Zunahme von 372 396 Tonnen erscheint. Unter der enormen Preissteigerung für Hülsenfrüchte die 1919 einsetzte, ist 1920 die Anbaufläche um 321 975 Hektar erweitert und der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr um 431 295 Tonnen gestiegen. Die Kartoffelernte hat gegen das Vorjahr eine Steigerung von 4,5 Millionen Tonnen erfahren, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß auch die Anbaufläche zugenommen hat. Zuckerrüben weisen eine Ertragssteigerung von 14,8 Millionen Tonnen auf, bleiben aber gegen 1913 noch um 45,4 Millionen Tonnen zurück. Raps und Rübsen haben zwar gegen 1913 eine sehr erhebliche Zunahme des Anbaues zu verzeichnen, läßt aber 1920 zum Vorjahr ein sehr erhebliches Defizit anstehen. Die außerordentlich hohen Preise sind ein Anreiz zu dem vermehrten Anbau von Oelfrüchten gewesen, den man im Interesse unserer Volksernährung nur begrüßen konnte. Die tierischen Fette fehlten uns, die pflanzlichen Oele konnten auch nur aus der heimischen Produktion gewonnen werden, da die Zufuhr vom Ausland während des Krieges unterbunden war. Deshalb war man auch so sehr bemüht, für den Anbau von Oelfrüchten Interesse zu erwecken. Vielfach wird die Befürchtung ausgesprochen, daß diese Umstellung in der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem der Rückgang im Körnerbau wie auch der Uebergang zu größerer Weidewirtschaft recht bedenklich sei. Sieht man näher zu, so macht sich bereits Hemmungen bemerkbar, die dieser Entwicklung entgegenwirken. Die ausländischen Oelsaaten kommen bereits im Preis unter die inländischen Erzeugnisse, die Hülsenfrüchte sind von ihrer stolzen Höhe heruntergesunken, der Flachs muß noch künstlich auf der Preislage über das Auslandsniveau gehalten werden und die Wollpreise sind so im Fallen, daß die Schafzucht schon jetzt einen Teil ihres übermäßigen Gewinns einbüßt. Was wird die Folge sein? Wir kommen wieder zu einer Produktion, die unter Druck der ausländischen Konkurrenz intensiv den Ertrag steigert.

Dabei wird es nicht nötig sein, den Zuckerrübenanbau so hinaufzuschrauben, daß wir wieder zu einer Ausfuhr von Zucker kommen. Viel besser werden wir wirtschaften, wenn wir uns mehr auf den eigenen Bedarf einstellen und die dadurch im Anbau frei gewordene Fläche für andere notwendige Fruchtarten verwenden. Das Gleiche gilt für die Kartoffel. Da es möglich ist, heute Spiritus auf chemischem Wege herzustellen, wird die Verwendung der Kartoffel für die Brennerei in den bisherigen Umfange unnötig und wir bekommen abermals für den Anbau von anderen Nährmitteln eine Ackerfläche frei. Halten wir diese Entwicklung nicht durch irgend eine Protektionspolitik auf — wie es früher sehr oft geschehen ist — so werden wir zu einer Gesundung in der Landwirtschaft kommen.

Der überaus milde Winter hat in Amerika die Ernteaussichten für Weizen sehr günstig gestaltet. Die Preise für Weizen zeigen stark sinkende Tendenz. In New York wird für den Juli der Bushel mit 111 Cents notiert, dem umgerechnet in Goldmark vor dem Kriege in Deutschland ein Preis von 72 Mark für die Tonne entsprochen hätte. Bei dem gegenwärtig etwas höheren Preis müssen wir bei unserer entwerteten Mark noch 3450 Mark für die Tonne bezahlen. Mit einem Frachtzuschlag von 680 Mark kommen wir dann zu einem Preis, der gegenüber dem zu Beginn des Jahres doch um rund 1000 Mark niedriger steht. Da auch die übrigen Exportländer für Getreide reichliche Ernteerträge in Aussicht stellen, so ist die Bedarfsdeckung für den Weltverbrauch nicht in Gefahr, aber für Deutschland entscheidet die Zahlungsfähigkeit. England hat übrigens am 1. April den letzten Rest der Zwangswirtschaft aufgehoben; die bisher noch zu Anwendung gelangte Mühlenkontrolle ist damit beseitigt. Frankreich wird am 1. Mai gleichfalls den Verkehr für Getreide und Backwaren freigeben. Natürlich ist in diesen Ländern die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0007

Freigabe mit keinen Gefahren verknüpft, da bei dem besseren Stand der Zahlungsmittel der Einkauf ausländischen Getreides nicht die Preissteigerung hervorruft wie bei uns.

In der Margarinefabrikation ist man zu einer sehr kapitalkräftigen Trustbildung übergegangen, die ihre Führung von den englisch-holländischen Firmen Goch und van den Bergh erhält. In Deutschland sind in dem Konzern bereits soviel Unternehmungen aufgegangen, daß 75 Prozent der Margarinefabrikation von hier aus kontrolliert werden. Von der Oelproduktion stehen annähernd 50 Prozent unter Einfluß des Konzerns. Vorläufig werden die Konsumenten keinen Nachteil von dieser Gründung verspüren, denn es dürfte gegen die außenstehenden Fabriken nunmehr ein scharfer Preiskampf einsetzen.

Recht unerfreulich lauten die Angaben über die Kohlenförderung im Ruhrgebiet. Im Monat März sind nach einer vorläufigen Ermittelung rund 7,63 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert, oder arbeitstäglich 305 200 Tonnen. Im Monat Februar wurden arbeitstäglich 340 609 Tonnen erzielt, so daß ein Tagesrückgang von 35 000 Tonnen zu verzeichnen ist. Die Ursache des Rückgangs ist die Aufgabe der Ueberschichten. Diese Minderbeförderung in einer Zeit, wo die Entente mit erhöhten Forderungen in der Kohlenlieferung hervortritt und die eigene Industrie trotz ihrer geringen Beschäftigung nicht genügend beliefert werden kann, gestaltet die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung geradezu trostlos.

Der deutsche Kalibergbau, der bisher eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt eingenommen hat, ist durch einen verminderten Absatz im Ausland in eine schwere Bedrängnis geraten. Das Ausland hat während des Krieges die Kaliproduktion auf chemischem Wege mit einem gewissen Erfolg betrieben. Dann setzt die Konkurrenz der Elsasser Werke ein und künftig werden die Werke, die die Salzvorkommen in Spanien ausbeuten, ihre Erträgnisse auf den Markt werfen. Unter diesen Umständen bedeutet es für das Kalisyndikat einen Erfolg, wenn es ihm gelungen ist, mit einem amerikanischen Konsortium einen Vertrag abzuschließen, wonach 80 Prozent des amerikanischen Bedarfs aus Deutschland gedeckt wird. Dieser Anteil wird ungefähr 24 000 Tonnen monatlich betragen und ist auf 5 Jahre festgelegt. Immerhin dürfte gerade für den Kalibergbau die beste Lösung die Sozialisierung sein und die Vorschläge der Sozialisierungskommission schneiden gerade hier ein sehr aktuelles Thema an. Nur wird die gegenwärtige Regierung wenig Neigung verspüren auf diese Projekte einzugehen, denn sie versucht mit Fleiß alle vorhandenen Spuren einer Sozialisierung zu tilgen.

Um das Branntweinmonopol ist in letzter Zeit ein heftiger Kampf entfacht. Die Spirituserzeugung ist wieder so hoch gekommen, daß die Freigabe des Spiritus für technische Zwecke erfolgen konnte. Auch die Mengen des lagernden Trinkbranntweins haben sich so angehäuft, daß die Aufnahmefähigkeit bei den enorm hohen Preisen viel zu gering ist. Die Monopolverwaltung hat nun die Absicht, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, einen Trinkbranntwein herzustellen, der billiger sein könnte, als der von den privaten Destillateuren in den Handel gebrachte. Natürlich erhebt sich dagegen die ganze Gesellschaft der Branntwein- und Likörfabrikanten, die ihr Geschäft mit Riesengewinnen betrieben haben, und nun von dieser Konkurrenz nichts wissen wollen. Warum diese große Angst, da uns doch immer versichert wird, daß der Staatsbetrieb so rückständig ist? Uns scheint, es ist die höchste Zeit, daß das Monopol von seinen Befugnissen Gebrauch macht und sich um das Geschrei der Interessenten nicht kümmert.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung

über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922.

§ 2.

Der Magistrat verteilt durch die Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, im Stadtkreis Halle die genannten Brennstoffe:

1. für Hausbrand,
2. für Landwirtschaft,
3. für Kleingewerbe.

Als Hausbrand im Sinne dieser Verordnung gilt der gesamte Kohlenverbrauch für Heiz- und Kochzwecke, einschließlich des Bedarfs der Behörden und Anstalten, und zwar sowohl der Bedarf an Ofenheizung und Küchenbrand, als auch der Bedarf für Stockwerks- und Zentralheizungen.

§ 3.

Die Brennstoffe, mit der die Bevölkerung für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922 versorgt werden kann, hängt von der Höhe der Zuteilung an die Stadt durch den Reichskommissar für die Kohlenverteilung ab.

Die jeweilige Versorgung auf Grund der erfolgten Zuteilung kann naturgemäß nur dem Kohleneingang entsprechen.

Die Verteilung der Brennstoffe erfolgt ausschließlich durch die Ortskohlenstelle.

§ 4.

Der Bezug von Kohlen durch die Kohlenhändler richtet sich nach den Bestimmungen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung.

Die Belieferung der Verbraucher und Kleinhändler durch die Kohlenhändler oder sonstige Personen, die Kohlen in den Stadtbezirk einführen oder dort vertreiben, darf nur nach den Vorschriften und Anweisungen des Magistrats bzw. der Ortskohlenstelle erfolgen.

§ 5.

Die Einführung von Brennstoffen von auswärts darf nur auf Grund eines von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung oder der Ortskohlenstelle ausgestellten gültigen Bezugsscheines erfolgen.

Privatpersonen, Nichtgroßhändler oder Bezugsvereinigungen, welche von außerhalb für sich oder andere Personen größere Mengen an Brennstoffen einführen, als ihnen nach den jeweiligen Bestimmungen für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922 zustehen, sind verpflichtet, auf Verlangen des Magistrats diese Mehrmengen an andere Verbraucher abzugeben.

Dies ist notwendig, weil alle nach Halle eingeführte Kohle auf die der Stadt zugewiesene Menge angerechnet und damit die zur Verteilung auf die übrigen Verbraucher zur Verfügung bleibende Menge verringert wird.

§ 6.

Großhändler, Kleinhändler, Privatpersonen oder Bezugsvereinigungen, welche Brennstoffe in den Stadtkreis Halle einführen, haben am Tage des Eingangs der Sendung Menge, Gewinnungsort, Verwendungszweck, Empfänger und Lagerstelle der eingeführten Brennstoffe der Ortskohlenstelle nach jeweiliger Anordnung anzuzeigen.

§ 7.

Empfänger von Deputatkohlen sind zum Bezuge von Brennstoffen aus den der Stadtgemeinde zugeteilten Mengen nicht berechtigt. Sie erhalten weder Kohlenbezugsscheine, noch Kohlenkarten.

Bis zum gleichen Zeitpunkt haben die Verbraucher, die Deputatkohlen von den Werken beziehen, die außerhalb Halles ihren Sitz haben, der Ortskohlenstelle die Menge zu melden.

II. Hausbrand für Kochzwecke und Ofenheizung.

§ 8.

Für Kochzwecke und Ofenheizung sind Braunkohlenbriketts, Preßsteine, Rohbraunkohle oder Grudekoks in Aussicht genommen. Zuteilung anderer Brennstoffe bleibt ausdrücklich vorbehalten.

§ 9.

Mit Hausbrand für Küchenfeuerung und Ofenheizung werden die einzelnen selbständigen Haushaltungen versorgt, entsprechend dem jeweiligen Kohleneingang. Untermieter gelten nicht als selbständiger Haushalt. Familienangehörige oder nahe Verwandte werden nicht als Untermieter angesehen.

§ 10.

Auf das Jahr (Mai 1921 bis April 1922) sind für Kochzwecke (einschließlich Bad und Wäsche) bei Haushaltungen mit:

1 bis 3 verpflegten Person 15 Zentner Briketts,
4 bis 6 verpflegten Personen 20 Zentner Briketts,
7 und mehr Personen 25 Zentner Briketts

in Aussicht genommen, und zwar in Teillieferungen. Werden an Stelle der Briketts Preßsteine verlangt, so gelten 1000 Stück gleich 20 Zentner.

Zuteilung auf Landabsatz ist vorläufig nicht möglich. Die Landbezugsscheine werden ab August ausgegeben und zwar gegen Rückgabe der noch vorhandenen Kohlenkarten.

§ 11.

Für die einzelnen Haushaltungen sind zu Heizzwecken bei Wohnungen

von 1 bis 2 Zimme (außer Küche) 15 Zentner Briketts,
von 3 bis 4 Zimmer (außer Küche) 20 Zentner Briketts,
von 5 und mehr Zimmer (außer Küche) 25 Zentner Briketts

in Aussicht genommen, und zwar in Teillieferungen.

Als Zulage können voraussichtlich 500 Preßsteine für den Haushalt gewährt werden.

Für jedes an Fremde (Untermieter) abvermietete Zimmer mit Ofen können zweimalig Zuteilungen (im Oktober und Januar) je 5 Zentner erfolgen — und zwar nur an den Inhaber der zum Haushalt gemieteten Wohnung — auf Grund eines auch von ihm anerkannten Nachweises. Studenten erhalten die Zuweisungen durch Vermittlung des Studentenausschusses.

Der Mieter ist verpflichtet, die auf jedes vermietete Zimmer mit Ofen angelieferten Briketts nur für den Untermieter zu verwenden oder zur Verfügung zu halten.

Etwaiger Wechsel der Untermieter bleibt unberücksichtigt.

Nebenräume, Flure, Diele, geschlossene Balkons, Veranden mit Wintergärten werden bei der Zuweisung von Brennstoffkarten nicht berücksichtigt. Diese Räume dürfen nicht geheizt werden.

Der Magistrat — Ortskohlenstelle — kann keine Gewähr für Lieferungen der den Verbraucher zugeteilten Mengen übernehmen, da er auf die Zuweisung der Brennstoffmengen, die durch die Reichsbehörden erfolgt, keinen Einfluß hat.

Beschwerden über die Maßnahmen des Versorgungsbezirkes in der Unterverteilung sind bei der Landesregierung anzubringen.

Jedermann muß auch in Zukunft mit den erhaltenen Brennstoffmengen sparsam umgehen. Ersatzlieferungen für zuviel verbrauchte Mengen können nicht gewährt werden.

§ 12.

Mengen, die sich Ende April 1921 im Besitz der Verbraucher befinden, werden auf die Jahreszuteilung für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922 angerechnet.

§ 13.

Außer den im § 10 und 11 genannten Mengen können ausnahmsweise — nach den verfügbaren, knappen Vorräten — einzelnen Haushaltungen Zusatzmengen zugebilligt werden in folgenden besonderen Fällen:

1. Bei schwerer Krankheit auf Grund eines von der Gemeinde nachzuprüfenden ärztlichen Zeugnisses bis 10 Zentner Heizkohle im Einzelfall.
2. Bei schwerer, dauernder Krankheit oder Alter über 70 Jahre: bis zu 10 Zentner Heizkohle.
3. Für Wöchnerinnen: 10 Zeniner Heizkohle, die 1 Monat vor der Entbindung angewiesen werden kann.
4. Für Säuglinge bis zu 2 Jahren 10 Zentner Kohle.

§ 14.

Die Unterverteilung des Hausbrandes für Ofenheizung und Küchenfeuerung mit Ausnahme von Grudekoks erfolgt durch Kohlenkarten.

Die einzelnen Abschnitte der Kohlenkarten sind mit fortlaufenden Zahlen bezeichnet, jeder Abschnitt berechtigt zum Bezuge von ½ Zentner.

Die Kohlenkarten sind nicht übertragbar. Sie sind sorgfältig aufzubewahren und der Ortskohlenstelle auf Verlangen vorzulegen; für verlorene oder sonst abhanden gekommene Karten wird ein Ersatz unter keinen Umständen gewährt.

§ 15.

Die regelmäßige Abgabe von Brennstoffen in kleinen Mengen bis zu einem Zentner erfolgt bei den Händlern, bei denen sich die Verbraucher als Kunden angemeldet haben. (Kundenliste.)

Die Händler sind verpflichtet, soweit ihr Vorrat reicht, gegen Vorlage der Karten Brennstoffe an die Verbraucher zu den bekanntgegebenen Preisen abzugeben.

§ 16.

Bei Wegzug aus dem Stadtkreis sind die Brennstoffkarten an die Ortskohlenstelle zurückzugeben.

Neuzuziehende erhalten auf Antrag durch die Ortskohlenstelle Karten zum Bezug der entsprechenden Brennstoffmengen.

III. Stockwerks- und Zentralheizungen.

§ 17.

Die vorliegenden Bestimmungen über die Unterverteilung von Brennstoffen gelten in entsprechender Weise für alle Sammelheizungen (Stockwerks- und Zentralheizungen).

Die Zuweisung von Brennstoffen erfolgt bei Stockwerksheizungen an den Inhaber der Wohnung, bei Zentralheizungen an die zu ihrem Betriebe Verpflichteten.

Als Brennstoff für Sammelheizungen wird allgemein Koks, Briketts und Rohbraunkohle gewährt.

§ 18.

Die Festsetzung der Brennstoffmengen für die Sammelheizungen kann im voraus nicht erfolgen; sie wird voraussichtlich in der Höhe der im letzten Jahre bewilligten Menge bleiben.

§ 19.

Die Unterverteilung der Brennstoffe für Sammelheizungen erfolgt wie bisher durch einzelne schriftliche Zuweisungen der Ortskohlenstelle.

Die Lieferung von Brennstoffen darf nur gegen Abgabe der Bezugsscheine erfolgen.

Die Brennstoffe können nach Wahl bei den Groß- und Kleinhändlern sowie bei Kohlenbezugsvereinigungen entnommen werden.

§ 20.

In Wohnungen mit Sammelheizungen ist die Erwärmung geschlossener Balkons, Veranden, Dielen, Flure, Bäder, Wintergärten und Nebenräume verboten.

Die Heizung ist nur für wenige Räume zu gebrauchen, und zwar darf die Innentemperatur in Raummitte 1½ Meter über Fußboden, 18 Grad Celsius oder 14,5 Grad Reaumur nicht überschreiten.

Für zentrale Warmwasserbereitungsanlagen, die ohne Benutzung von Abwärme betrieben werden, dürfen Brennstoffe nicht verwandt werden.

§ 21.

Wenn in Wohnungen mit Stockwerks- oder Zentralheizung zwei Oefen vorhanden sind, müssen Brennstoffe für Ofenheizung beantragt werden. Für die Zentralheizung wird in diesem Falle nichts gewährt.

V. Kleingewerbe.

§ 25.

Dem Kleingewerbe wird Betriebskohle und Heizkohle zugeteilt.

Betriebskohle sind diejenigen Brennstoffe, die zum eigentlichen Betriebe des Gewerbes, insbesondere zum Heizen von Kesseln, zum Betriebe von Maschinen, Herd- und anderen Feuern und ähnlichen Zwecken bestimmt sind.

Heizkohle sind diejenigen Brennstoffe, die zur Heizung der Räume, in denen das Gewerbe betrieben wird, benötigt werden.

§ 26.

Die Festsetzung der Brennstoffmengen für das Kleingewerbe — ausgenommen die lebenswichtigen Betriebe — läßt sich im Voraus nicht machen; sie wird bezüglich der Betriebskohlen voraussichtlich in Höhe der im letzten Jahre zugeteilten Mengen bleiben, während an Heizkohlen den Räumen mit öffentlichen Ausstellungen, sowie Vortragssälen etwa zwei Drittel der in der Zeit vom 1. September 1916 bis 30. April 1917 verbrauchten Heizkohlenmenge in Aussicht gestellt werden kann.

Als besondere Zuteilungen zu Heizzwecken kommen in Frage:

1. für das Behandlungszimmer eines Arztes: 10 Zentner, für weitere Mengen nur nach Befürwortung durch die Aerztekammer;
2. für das Amtszimmer der ehrenamtlich tätigen oder beamteten Personen, die ein besonderes Amtszimmer zur Abfertigung des Publikums in der Wohnung unbedingt brauchen, und für wissenschaftlich oder amtlich arbeitende Personen, denen ein öffentliches Amtszimmer nicht zur Verfügung steht, 10 Zentner;
3. für einzelne Verkaufs- und Geschäftsräume mit Oefen: 20 bis 25 Zentner Briketts, Koks in nur geringen Mengen für jeden notwendigen Ofen, desgleichen für Gastwirtschaften, Warteräle und ähnliche Betriebe.

§ 27.

Die Lieferung erfolgt in erster Linie an diejenigen Gewerbebetriebe, die insbesondere der Versorgung der Stadtgemeinde mit Gegenständen des täglichen Bedarfs dienen.

Für die Zuweisung und Entnahme der Brennstoffe gelten die Bestimmungen des § 24.

VII. Strafbestimmungen.

§ 29.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung oder den Anordnungen, welche die Ortskohlenstelle oder der Magistrat auf Grund dieser Verordnung erlassen, zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Fernet kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Ortskohlenstelle kann im Einvernehmen mit dem Magistrat Kohlenhändlern und Personen, die gegen diese Bekanntmachung verstoßen, den Fortbetrieb des Handels untersagen.

VIII. Uebergangsbestimmungen.

§ 30.

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1921 in Kraft. Mit den gleichen Tage verlieren die die Versorgung bis 30. April d. Js regelnden Verordnungen des Magistrats ihre Gültigkeit.

Halle, den 11. April 1921.

Der Magistrat. gez. Rive. gez. Belthuysen

Lebensmittel-Kalender.

Amerikanisches Weizenmehl. Bis Ende April 1921 können in den Mehlverkaufsläden (Bäckereien, Konsumvereinen, Mehlkleinhandelsstellen) gegen Abgabe der Nr. 596 des Warenbezugsscheines Nr. 33 300 Gramm amerikanisches Weizenmehl entnommen werden. Der Preis für 100 Gramm beträgt 70 Pfg. Die Abgabe des Mehles für Anstalten usw. erfolgt auf Grund von uns ausgestellter Bezugsscheine. Die Verkaufsstellen haben die gesammelten Warenbezugsmarken und Bezugsscheine bis zum 5. Mai 1921 an die Brotmarkenannahmestelle (Stadtbad) abzuliefern.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Pfetteritz. Dienstag, den 19. April, **Mitgliederversammlung** im Lokal „Schulze & Arndt". Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Merseburg. Donnerstag, **Frauenversammlung.** Bericht über die Kreiskonferenz. Genossin Fiedler. Zahlreiches Erscheinen aller Genossinnen erwünscht.
Der Vorstand.

Bitterfeld. Mittwoch, den 20. April, abends 1/2 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im „Prinz von Preußen". Sehr wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
Der Vorstand.

Wittenberg. Mittwoch, den 20. April, 8 Uhr abends, in der „Reichspost": **1. Familienabend** der S.P.D. Uebung zur Mensur. Es wird um Erscheinen aller Parteigenossen mit Familie gebeten.
Der Vorstand.

Zur Volksstimme

muß der Arbeiter wie der Beamte, der Gewerbetreibende und Kaufmann wie der Landwirt greifen,

wenn er sich und seiner Familie eine Tageszeitung halten will, die in klarer und objektiver Form und durch Benutzung der bedeutendsten Nachrichten-Büros schnellstens über alle wichtigen Vorgänge des In- und Auslandes berichtet. Eigener Parlamentsbericht sowie Nachrichtendienst aus fast allen Orten des Verbreitungsbezirkes werden auch eine zuverlässige Lokalberichterstattung liefern die Leser der „Volksstimme" besonders an ihr Blatt. Unterhaltung und Belehrung durch ausgewählte Feuilletons, Romane, illustrierte Unterhaltungs- sowie Frauen und Jugendbeilagen sicheren ein

:: Abonnement der Volksstimme ::

einzigste sozialdemokratische Zeitung im Reg.-Bezirk Merseburg.

Ich wünsche vom _____ ab die Zustellung der

„Volksstimme"

mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" zum monatlichen Bezugspreise von Mark 6.00 frei Haus durch den Briefträger oder Postboten.

Name: _____ Wohnort: _____

_____ Str. Nr. _____ Bestellt am _____

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210418-19/fragment/page=0008